Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

6.4.1892 (No. 78)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 20 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 78. Mittwoch, den 6. April 1892.

Ein Stimmungsbild aus Süddeutschland.

Aus Baden schreibt man der „Kreuzzeitung": Wahrlich nur mit schwerem Herzen versuche ich, Ihnen ein Bild der Stimmung zu geben, wie ich diese kenne; denn uns bewußt konservativen und positiven Leuten ist zu Muthe, wie einer Truppe, die voll unbedingten Vertrauens auf die gute Sache und das feste, ermuthigende Wort des obersten Führers: „Mein Kurs ist der richtige, er wird weitergesteuert", nunmehr gerade zum andauernden Kampf mit aller Treue und allem Ernst sich anschickend, Befehl zum Rückzug bekommt und mit blutendem Herzen es mit ansehen muß, wie die Gegner mit höhnischem Gelächter ihre bereits für verloren gegebenen Positionen wieder neu befestigen und triumphirend sich in die Brust werfen und in alle Welt hinausposaunen: Seht, wir Liberale, mit „Bildung und Besitz", mit dem liberalen „Bürgerthum", der „Wissenschaft", dem „Fortschritt" auf unserer Seite, wir haben durch unseren entschlossenen Widerstand gesiegt! und wir haben doch nur geblasen, getrompetet, gelärmt, gebrüllt und doch gesiegt! Was will auch Eure abgestorbene christliche Weltanschauung gegen die Sonne des „modernen Bewußtseins"? Unser Kurs ist immer der richtige, er wird weiter gesteuert."

Es muß jedes Christen Herz bluten bei dem Anblick der Verwirrung, welche die Krisis in Berlin bei uns hervorgerufen hat. Es wäre umsonst, es vertuschen oder verheimlichen zu wollen: das Vertrauen nach oben hat einen schweren Stoß erlitten. Am wenigsten noch bei den Konservativen, die auf das Walten und die Führung des allmächtigen Gottes bauen und trauen. Aber sehr stark tritt diese Wirrung in den Kreisen des „Bürgerthums", der Geschäftsleute, Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten hervor. An den großen idealen Fragen nehmen diese Leute kein so lebhaftes Interesse; aber in hohem Grade an der Frage, ob der Gang der Politik ein sicherer, fester, steter ist, oder das Gegentheil; ob nach wohlüberlegten, weitblickenden, besonnenen Gesichtspunkten regiert wird, oder ob unkontrolirbare, unverantwortliche, unsichtbare Einflüsse den berechtigten, amtlichen Einfluß der Minister paralisiren, ob momentane Aufwallungen und Stimmungen den Gang der Staatsgeschäfte in einer Weise beeinflussen, daß niemand jemals vor den größten und heftigsten Schwankungen sich sicher glauben kann. Diese Gedanken werden in den heftigsten und schärfsten Worten ausgesprochen, so daß es einem in's Herz schneidet. Auch Leute, welche absolut nicht auf der Seite des Grafen Zedlitz stehen, finden doch, daß ein Herrscher der Neuzeit mit all ihren verwickelten Details unmöglich in allem und jedem Ding ein eigenes Urtheil haben könne und deshalb dem einmal ausgewählten Minister auch ein gewisses, volles Maß von Vertrauen und Selbständigkeit gewähren müsse. Es ist unmöglich, alles zu sagen, was das Volk ausspricht: daß das Vertrauen nach oben, wohin der Deutsche, namentlich auch der Süddeutsche, auch wenn er „nörgelt", doch vertrauensvoll aufzublicken gewohnt ist, einen schweren Stoß erlitten hat, in Folge der gänzlich unerklärlichen, gegen alle und jede Erwartung erfolgten, ja mit den eigenen Worten des Kaisers: „Mein Kurs wird weitergesteuert" und „Ich werde Euch noch herrlichen Tagen entgegenführen" anscheinend im vollen Widerspruch stehenden Schwankung und der Entlassung eines erst vor einem Jahre herbeigeholten Mannes, wie Zedlitz — das steht außer allem Zweifel.

„Diese Thatsache ist auch ein deutlicher Beweis dafür, daß es durchaus unwahr ist, daß bei uns eine „Erregung" über den Gesetzentwurf vorhanden gewesen sei, dessen Umfang oder Ausdehnung die königlich preußische Regierung hätte zu beunruhigen brauchen. Einige Hundert große und kleine Führer der nationalliberalen Partei und deren größere Blätter haben eine Zeitlang sich auf's Ungeberdigste benommen und versucht, das Volk aufzuhetzen; allein die katholische Mehrzahl des Volkes war von vornherein diesen Hetzereien unzugänglich, und selbst in dem Theil des Volkes, das bisher „liberal" wählte, hat gerade die Besprechung des Gesetzentwurfes zum großen Theil eine Klärung der Ansichten nach rechts hin befördert. Selbst von liberalen Bürgermeistern konnte man dieses hören; die nächsten Landtagswahlen werden es hoffentlich unwiderleglich zeigen. Alles mußte ganz glatt und gut verlaufen, wenn man oben fest blieb! — Nun! als die Sache im besten Zug war, kapitulirt man ohne Schwertstreich! Es ist gar nicht zu sagen, wie dieses plötzliche, unerklärte und durch die Verhältnisse thatsächlich absolut nicht gebotene Kapituliren das Vertrauen in jeder Beziehung erschüttert hat. Man fragt sich — und die Liberalen urtheilen gerade darin sehr scharf, und schärfer, als alle anderen — wie soll das gehen, wenn das Reichsoberhaupt, das doch unverantwortlich ist, in solcher Weise die Minister bei Seite setzt, welche doch die Erfahrung haben und dem Staate und Volke verantwortlich sind! Man spricht vom Eindruck, den die ganze abrupte Katastrophe, auf den Dreibund niederdrückend und auf das gegnerische Ausland ermuthigend, äußern werde; man spricht von den unabsehbaren Gefahren, welche die Leitung eines großen Krieges mit sich bringen könne (namentlich für unser exponirtes Baden), wenn das Reichsoberhaupt nicht der Ruhe und Erfahrung des Alters den nöthigen Einfluß auf seine Entschließungen zugestehe, welche jugendliches Feuer und ideale Begeisterung niemals ersetzen könne.

Nicht wiederzugeben ist die Schärfe, mit der sich viele gegen die „unverantwortlichen Rathgeber" wenden. Man solle ein Gesetz dagegen machen, verlangte sogar einer. Diese „Rathgeber" können weder vor Menschen noch vor Gott verantworten, was sie angerichtet haben. Wenn wirklich die Berichte über „Stimmung in Süddeutschland" einen Einfluß auf den Hereinbruch der Krisis gehabt haben, dann sollte man wahrlich diese Berichte zur öffentlichen Diskussion stellen. In Bayern, Sachsen, Württemberg hat man die konfessionelle Volksschule seit Jahrzehnten und man hat da zum Theil noch viel kirchlichere Bestimmungen, als der neue Entwurf; wie soll denn da eine „tiefgehende" Erregung zu Stande kommen? Selbst von demokratischer Seite hat man in Württemberg zugegeben, daß der preußische Entwurf nicht so weit geht, als das württembergische Gesetz, gegen das kein Mensch zu agitiren sich einfallen läßt. Nur im badischen Musterlande hat man Radau geschlagen: der süddeutsche, absolut christusfeindliche Liberalismus hat Lärm gemacht und zwar so laut und so unverschämt, als er es konnte und — davor weicht die Regierung Preußens zurück! Darum senkt der preußische Adler, mitten im Fluge zur Sonne auf, seine krafterprobten Riesenschwingen, deren Wehen — so hofften wir — einen neuen, belebenden Hauch „herrlicher Zeiten" über unser Volk heraufführen sollte!? Traurig! es schnürt einem das Herz zu. Man hat den Kaiser, wie es scheint, in unverantwortlicher Weise auch über die Natur des Widerstands, den das Gesetz fand, getäuscht. Der „Mannheimer Amtsverkündiger," eines der verbreitetsten Blätter des liberalen Musterstaates, läßt durch die Art seines Siegesjubels einen genügend tiefen Blick thun. Nachdem er seinen Lesern mit wirklich monumentaler Dreistigkeit die Behauptung vorgesetzt, der Kaiser habe sich nie für den Gesetzentwurf ausgesprochen, ja sogar von Zeit zu Zeit eine gewisse Gegnerschaft gegen den Gesetzentwurf hervortreten lassen (!! Welch' unverschämte Verdrehung offenkundiger Thatsachen!), feiert er am Geburtstage unseres großen Kaisers Wilhelm, die in der Entlassung des Kultusministers hervorgetretene Wendung in einem das „heilige Lachen" überschriebenen Leitartikel:

„Ein humorvolles, ein heiliges Lachen" löst sich vom liberalen Herzen! „Denn die grimmigsten Feinde, die Anhänger der veralteten, absterbenden Weltanschauung, sind zurückgeschlagen. Auch sie müssen nunmehr einsehen, daß wir bereits mitten im Zeitalter der nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu begründenden oder in ihrer Entwicklung fortan vor Allem durch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu beeinflussenden und sich gestaltenden Staats-, Gesellschafts- und Lebenszustände leben und weben. Das Bürgerthum steht in seinen besten Schichten bereits mit beiden Füßen in einer ganz neuen Zeit; seine Gegner wurzeln noch in einer gänzlich absterbenden Welt (!) ... Die Hand der Wissenschaft ist freilich eisern; sie räumt mit dem vermodernden romantischen Trödel unerbittlich auf. Sie will die Menschheit bereits auf Erden beglücken; ... sie zeigt, wie der Mensch sich selber Gespenster und Schatten schafft, mit denen er sich quält und ängstigt. ... Auf allen Gebieten ringt das Alte mit dem Neuen, ringt der Aberglaube mit der Wissenschaft. Trotz der Gewißheit des Sieges kämpfen mit dem Muthe der Verzweiflung die Epigonen der Barbarei mit dem Heros der Neuzeit und Zukunft, der wissenschaftlichen Erkenntniß, ... sie tragen dabei den Leichnam ihrer todten Weltanschauung voraus." — So geht es durch zwei lange Spalten hindurch. Die christliche Weltanschauung wird hier eine veraltete, absterbende, todte, ein Leichnam genannt, als vermodernder romantischer Trödel, Aberglaube, Barbarei — der „Wissenschaft" und dem „Bürgerthum" gegenübergestellt und in der Wendung in Preußen ein Sieg der modernen Weltanschauung über die christliche gefeiert! Kann man einen besseren, schlagenderen Beweis erbringen für die vollständige Richtigkeit und Berechtigung des Wortes Caprivi's: „Im Grunde handelt es sich um Christenthum oder Atheismus" als diesen „Mannheimer Amtsverkündiger"?

Wie recht hatte doch Seine Majestät der Kaiser, als er beim Brandenburger Mahle ausrief: „Mit den nichtigsten Gründen nörgle und mäkle" man an seiner Regierung herum! — Nun „lachen" zwar die Nörgler, allein nicht um einen Gran hat das Vertrauen der echten Liberalen aller Schattirungen gewonnen. Sie haben das Wort von den Nörglern in Pantoffeln, von dem „richtigen Kurs", die oftmals wiederholten Betonungen des christlichen Prinzips seitens unseres Kaisers nicht vergessen und werden es nicht vergessen. Der ungeahnte, sie selbst in hohem Maße überraschende Erfolg ihres unverschämten Scheltens und Polterns aber hat ihr Kraftgefühl in einer Weise gehoben, daß ihre Dreistigkeit sich noch vergrößert hat und hat in weiteren Kreisen den parlamentarisch-liberalen Anschauungen, als ob das Staatsoberhaupt immer nur im Einklang mit der „Mehrheit" des Volkes handeln dürfe, mächtigen Vorschub geleistet. Diese Umstände fallen so schwer in's Gewicht, und zwar für alle monarchischen Staaten, daß man keinen Augenblick zögern sollte, deutlich zu dokumentiren, daß es nicht die Absicht des preußischen Adlers war, vor der Schlacht vor dem norddeutschen oder süddeutschen Liberalismus zu kapituliren und daß sie es auch jetzt nicht ist. Ein fester Druck auf's Steuer, damit das mächtige Schiff in den bisherigen Kurs wieder zurückkehrt. Das allein wird nicht nach allen Seiten erfreuen — aber nach allen Seiten imponiren und im In- und Ausland wenigstens das Vertrauen wieder herstellen, daß man an der Spitze der preußischen Großmacht weiß, was man will, und den „richtigen Kurs" noch ebenso festhält, wie vor wenigen Wochen aus hohem Munde dem Volke Preußens versichert wurde. — Wir Konservative aber wollen im Aufblick zu Gott, von dem allein Kraft und Weisheit, Demuth und Stärke kommen, unerschütterlich feststehen, und wir blicken mit Stolz auf unsere Presse, die ohne Wanken und Schwanken keinen Moment das hohe Ziel aus dem Auge verloren hat, oder sich die richtige Einsicht in die Sachlage durch irgendwelche Einflüsse hat trüben lassen. Die Einmüthigkeit unserer Presse, die ohne Verabredung spontan zu Tage trat, hat wahrhaft wohlthuend und kräftigend gewirkt. Die badischen Liberalen, jene Sorte von Monopolbesitzern der Reichstreue, haben sich nicht geschämt, nach Vorlage des Schulgesetzentwurfes mit Entziehung der Sympathie für das Reich, mit Uebergang der „Gebildeten" zur Socialdemokratie zu drohen! Sie feiern jetzt einen Sieg des „Atheismus" über die Barbarei des „Christenthums" mit „heiligem Lachen." Die Thoren! Wie würdig und imposant steht diesem bubenhaften Toben die ernste Haltung der christlichen Presse gegenüber! Und wir wollen fest stehen, fest stehen im Sturm, fest stehen zu Kaiser und Reich, zu Christenthum und Monarchie; katholisch oder evangelisch, — es handelt sich um Glaube und Unglaube, um Christenthum oder Atheismus! Gott wird mit uns sein!

Deutschland.

Berlin, 4. April.

Zur Geschichte der Ministerkrisis. Zu der folgenden Erklärung der „Kreuzzeitung": „Wir wissen genau, daß während der Kommissionsberathungen dem Kaiser in amtlicher Form darüber kein Zweifel gelassen ist, daß Graf Zedlitz die Vertheidigung des Volksschulgesetzes gegenüber dem liberalen Ansturm nur dann fortzusetzen in der Lage sei, wenn er der Zustimmung an allerhöchster Stelle sich versichert halten dürfe. Diese Zusicherung ist mit Entschiedenheit gegeben worden. Wodurch dann kurz vor dem 18. März die Wendung herbeigeführt worden ist, gehört hier nicht her." — bemerkt der „Reichsbote": „Das entspricht

Im Banne geheimer Mächte.

5) Originalroman von Adolphe Belot. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Durch Feuer explodirt Dynamit nicht. Es bedarf, um zu seiner wirklichen Wirkung zu gelangen, die dann weit gewaltiger und zerstörender ist als die des Pulvers, eines Schlages oder Stoßes, einer starken Erschütterung wie z. B. durch die Explosion eines Zündhütchens beim Gewehr ..."

Hier unterbrach plötzlich der Polizist den Arzt. Er hatte prüfend um sich geschaut, sein Blick war auf einen kleinen Gegenstand am Boden gefallen, den er rasch aufraffte und scharf in Augenschein nahm.

„Eine Bombe ist explodirt!" rief er hastig aus. „Sehen Sie hier dies gerundete Stück Eisen, offenbar ein Theil einer hohlen Kugel. Hier an dem Stück die Spuren eines Beckens zur Aufnahme eines Zündhütchens! Und dort in die Wand des Schrankes eingedrungen ein weiteres Stückchen gerundeten Eisens. — kein Zweifel, wir haben es mit der Explosion einer Dynamitbombe zu thun! — Sollte der Graf sich mit der Herstellung von Sprengstoffen beschäftigt haben, vielleicht zu militärischen Zwecken ...?"

„Möglich — allein ich glaube es nicht," erwiderte der Arzt kopfschüttelnd. „Ich kannte ihn ziemlich gut und habe nie von derartigen Studien bei ihm gehört. Vielleicht besaß er indeß die Bombe als Kuriosum, hatte sie heut in Händen, ließ sie aus Unvorsichtigkeit fallen und sie explodirte durch den Stoß auf den Fußboden ....."

Der Kommissär hatte sich zu dem Leichnam niedergebeugt und betrachtete ihn aufmerksam.

„Diese Annahme ist ausgeschlossen," sagte er, sich emporrichtend. „Wie Sie sehen, ist der Oberkörper des Verunglückten ungleich mehr verwüstet als die unteren Glieder. Der Kopf und der Obertheil der Brust sind am härtesten getroffen worden. Wäre die Bombe auf den Boden gefallen und dort explodirt, müßten sich naturgemäß die Spuren der Verwüstung am stärksten an den unteren Extremitäten des Todten zeigen."

Er ließ dann seine Blicke scharf und prüfend weiter umherschweifen und fuhr dann fort: „Was ich wahrnehme, läßt kaum noch einen Zweifel darüber zu, was geschehen ist. Betrachten Sie die Lage des Tisches, des Stuhles, der verstreuten Skripturen rings umher und des Leichnams inmitten dieser Dinge. Der Graf befand sich hier im Gemach, seinem Arbeitszimmer, um die Stunde des Diners zu erwarten und ohne Zweifel mit irgendwelchen Arbeiten an dem Schreibtisch beschäftigt. Die ganze Lage der Dinge deutet darauf hin. Man muß annehmen, daß der Graf auf dem Stuhl saß, mit dem Oberkörper über den Tisch gebeugt, an dem er arbeitete. Die Bombe muß so explodirt sein, daß die von ihr angerichtete Verwüstung in erster Reihe seinen Oberkörper traf. — Das heißt, die Explosion muß auf dem Tisch erfolgt, die Bombe mithin auf den Tisch niedergefallen sein. Dies aber mit genügender Höhe des Falles oder genügender Kraft des Wurfes, um durch den Stoß die Entzündung herbeizuführen."

„Die Bombe auf den Tisch gefallen — geworfen — kaum kann ich zweifeln, daß Sie an ein Verbrechen denken ...?"

Der Beamte schritt ohne zu antworten auf eines der Fenster des Gemaches zu, das er einer genauen Besichtigung unterwarf.

6. Kapitel.

Das Fenster war dasjenige einer Glasthür, die sich auf ein kleines, einige Quadratmeter großes Hintergärtchen öffnete, welches das Hotel Lavisine von dem Park Monceau trennte. Es zeigte sich, daß die Scheiben ihrer ganzen Länge nach gesprungen waren, wie dies bei einer heftigen Detonation geschieht, aber zersprungen noch in ihren Rahmen hafteten, ohne eine Oeffnung zu zeigen, welche ein hindurchdringendes Projektil geschlagen haben müßte.

Der Beamte wandte sich zu dem zweiten Fenster, demjenigen, das dem Arbeitstisch des Grafen gerade gegenüber lag. Die eine seiner Scheiben war in demselben Zustande, wie diejenigen des ersten Fensters; die andere aber zeigte in ihrer Zertrümmerung eine große, annähernd runde Oeffnung, von der strahlenförmig Sprünge sich nach dem Rande der Scheibe erstreckten.

„Ah, sehen Sie hier!" rief er hastig aus. „Ich habe mich nicht getäuscht: die Scheibe ist hier durch den Wurf eines runden Gegenstandes, der hindurchdrang, zertrümmert worden: von außen her ist das Projektil durch diese Scheibe geworfen worden. Die Oeffnung zeigt die Weite einer mittelgroßen Geschützkugel, — betrachten Sie diese Eisenstücke und Sie werden daraus mit Sicherheit auf die Größe etwa eines Straußeneies für die Bombe schließen müssen. Dieselbe Größe gibt uns dort das Loch in jener Fensterscheibe an."

„Kein Zweifel — kaum ein Zweifel — es ist der Weg, den das Projektil in das Zimmer genommen!"

„Recht so. Und die Bombe muß demgemäß von außen gekommen sein, aus dem Gärtchen, das sich unter diesen Fenstern erstreckt."

Dann, einen prüfenden Blick auf den Garten hinauswerfend, der durch eine Gaslaterne erleuchtet war, fügte er hinzu:

„Ein Mann mit kräftigem Arm und sicherer Hand kann das Projektil sogar auch vom Park aus, am Gitter dieses Gartenplätzchens stehend, geworfen haben, ohne daß er das Gitter zu übersteigen, das Gärtchen zu betreten brauchte. Die Entfernung beträgt kaum sechs Meter."

„In der That, Sie haben Recht."

„Er vermochte mit Sicherheit zu zielen — die Gardinen, wie Sie sehen, sind geschlossen, der Graf, vor seinem Bureau sitzend, von der Lampe auf dem Tisch hell beleuchtet, dem Werfenden gerade gegenüber, bot ein leichtes Ziel dar."

„Aber der Außenstehende befand sich tiefer als der Graf, zudem einige Meter weit entfernt, was den Niveauabstand für das Auge noch erhöhte," wandte der Arzt ein, der das Fenster geöffnet und forschend hinausgeblickt hatte. „Der Fußboden dieses Zimmers befindet sich mindestens einen Meter über dem Boden dort außen; bei der Entfernung bis zum Gitter hin dürfte dies doch —"

„Eine kaum nennenswerthe Schwierigkeit dargeboten haben," unterbrach ihn der Polizist bestimmt. „Sie sehen, das Gitter ruht auf einem Steinuntersatz. Denken Sie sich den Außenstehenden auf diesen kleinen Steinabsatz gestiegen, nehmen wir dazu an, daß er von etwas mehr als mittelgroßer Figur gewesen, und rechnen die Höhe bis zu der Hand des erhobenen Armes hinzu, so finden wir, daß sich der Niveauunterschied nicht nur ausgleicht, sondern der Wurf durch den Umstand noch erleichtert, noch sicherer gemacht wurde, daß der Wurf sogar ein wenig von oben nach unten, statt, wie Sie glauben, von tieferem Niveau aus zu erfolgen hatte."

„Wahrhaftig, Sie haben abermals Recht. Ihre Berechnung leuchtet ein!"

„Daß ein Verbrechen verübt ist, steht fest," sagte der Beamte ruhig. „Jetzt gilt es, den Verbrecher zu finden."

Die letztere Bemerkung verursachte dem Arzt eine peinliche Empfindung. Er erinnerte sich, daß er an polizeilichen Ermittelungen theilnahm, die für den Mann der Wissenschaft nicht seines Amtes waren.

„Ich verlasse Sie, Herr Kommissar," sagte er, den Hut lüftend. „Graf Lavisine ist todt, der Arzt vermag hier nichts mehr zu thun. Die Pflicht ruft mich zur Komtesse, die meiner bedarf."

Er verbeugte sich und ging. Der Kommissar, allein gelassen, rief seinen Sekretär und gab ihm folgende Depesche zur Beförderung auf:

„Der Kommissar des Quartier d'Europe an den Polizeipräfekten. — Ermordung des Grafen Lavisine, hier lebenden russischen Unterthans, in seinem Hotel in der Rue Murillo am Park Monceau. Eine Dynamitbombe ist außen her durch das Fenster in's Zimmer geworfen worden und hat bei ihrer Explosion Alles im Gemach zerstört, den Grafen vollständig zerschmettert. Ich bleibe am Platz zur Vornahme weiterer Recherchen. Bitte um Hersendung einiger Polizeiagenten zur Unterstützung."

7. Kapitel.

Nach Absendung seines Berichtes schritt der Kommissar zur Fortsetzung seiner Recherchen.

Trotz sorgfältiger Prüfung und dem hellen Schein der Laternen, mit dem man den Erdboden beleuchtete, ließen sich weder auf den Gartenbeeten, noch auf dem sich zwischen denselben hinziehenden, mit weichem, feinem Sande bedeckten Wege Fußspuren wahrnehmen. Dann trat man durch die Gitterthür auf das angrenzende Terrain des Park Monceau hinaus, das man in gleicher Weise untersuchte.

Hier hatte man einen besseren Erfolg zu registriren. Ein Rasenstreif von einigen Metern Breite erstreckte sich zwischen der Allee des Parks und dem Gartengitter. An einer spärlicher mit Gras besetzten Stelle dieses Rasenplatzes bemerkte man in dem feuchten weichen Boden desselben scharf und klar abgedrückte Fußstapfen. Man konnte sie, nachdem die Spur einmal aufgenommen, deutlich auch im Grase verfolgen, dessen Halme sich unter den Füßen des Hindurchschreitenden in dem feuchten Erdreich festgedrückt hatten. Sie führten bis an das Gitter, und unzweifelhaft hatte der Unbekannte, wie der Polizeikommissar vorher ausgesprochen, das niedere Steinpostament bestiegen, denn dasselbe zeigte auf der Außenseite des Gitters zwei Fußspuren von feuchter, dunkler Erde, wie sie beim Durchschreiten des Rasens an den Stiefeln hängen geblieben sein mußte.

(Fortsetzung folgt.)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ganz den auch von uns bereits mehrfach erwähnten Informationen."

— Der Jesuitenantrag im Reichstage, wie Centrumsschulanträge im Landtage werden, so schreibt die „Germania", für die nächste Session wiederkehren und mit aller Energie verfochten werden.

— Das „Konservative Wochenblatt" ist das Organ des gouvernementalkonservativen Herrn v. Helldorf, der bekanntlich durch seine Treibereien gegen das Schulgesetz sich bemerkbar gemacht hat. Während der Verhandlungen über das Volksschulgesetz hatte das „Konservative Wochenblatt" ebenfalls gegen die Vorlage agitirt. Später hatte dieselbe Korrespondenz einen scharfen, gegen den Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurf gerichteten Artikel veröffentlicht und damit das Mißfallen eines Theiles der Konservativen erregt. Jetzt veröffentlicht die „Konservative Korrespondenz" folgende Erklärung: „In Folge mehrerer Anfragen erklären wir hiermit ausdrücklich, daß das „Konservative Wochenblatt" lediglich ein aus Privatmitteln bestrittenes Privatunternehmen ist, für welches also die Gelder des Wahlvereins nicht verwendet werden. Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen. v. Helldorff-Bedra, v. Rauchhaupt." Daran schließt sich die weitere parteiamtliche Mittheilung, daß die konservative Fraktion des Herrenhauses ausdrücklich erklärt, mit dem „Konservativen Wochenblatt" gar keine Berührung zu haben. Nach der „Kölnischen Zeitung" soll nun eine Auseinandersetzung in der konservativen Fraktion bevorstehen, deren Ergebniß voraussichtlich für die weiteren Schicksale der konservativen Partei, die allem Anschein nach jetzt in den Anfängen des längst erwarteten Scheidungsprozesses steht, von wesentlicher Bedeutung sein wird.

— Der kaiserliche Statthalter, Fürst v. Hohenlohe, ist aus Straßburg hier eingetroffen, um dem Kaiser den üblichen Immediatvortrag über die Lage im Reichslande zu erstatten. Der Fürst wurde gestern vom Kaiser empfangen und zur Frühstückstafel gezogen. Dem Vernehmen nach hat der Kaiser sich über die Entwickelung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen mit größter Befriedigung ausgesprochen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt, die deutsche Regierung habe zu keiner Zeit Rußland gegenüber die Initiative zur Anregung wirthschaftlicher oder finanzieller Fragen ergriffen. Ebensowenig lägen zur Zeit hier russische wirthschaftliche oder finanzpolitische Vorschläge zur Erwägung vor.

— Der Reichskanzler Graf Caprivi wird sich nach Ostern auf einige Wochen zur Kur nach Karlsbad begeben. Bekanntlich hat sich derselbe seit seinem Amtsantritt noch keinen Tag Urlaub gegönnt.

Ausland.

Paris, 4. April. Im Departement Aude wurden zwei Männer, die sich für Russen ausgaben, verhaftet mit der Beschuldigung der Theilnahme an dem Dynamitdiebstahl in Lourdes.

Ein amtliches Telegramm vom 3. April aus Porto Novo besagt: Die dahomeischen Truppen erhalten fortdauernde Verstärkungen und setzen ihren Vormarsch gegen die Stadt fort. Porto Novo soll heute angegriffen werden.

Brüssel, 4. April. Die erste Berathung der Delegirten beider liberalen Gruppen Brüssels behufs Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms ist einstweilen ergebnißlos geblieben. Die konservative Vereinigung nahm heute eine Tagesordnung an, wonach das allgemeine Stimmrecht und das Referendum verworfen und die absolute Nothwendigkeit ausgesprochen wird, das seit 1830 in Kraft befindliche Repräsentativsystem zu erhalten. Die Versammlung sprach sich außerdem für eine weitere Ausdehnung des Stimmrechts aus.

Namur, 4. April. In einer gestern stattgehabten Sitzung der konservativen Vereinigung kündigte der Präsident an, die Frage des königlichen Referendums würde in einigen Tagen von der Regierung aus der Verfassungsrevision ausgeschieden und zurückgezogen werden.

Cetinje, 4. April. In Medua wurden 25,000, der albanischen Bevölkerung seitens der Türkei abgenommene Gewehre nach Konstantinopel eingeschifft.

Alexandrien, 4. April. Achmed Eyub ist mit dem Ferman des Sultans hier eingetroffen und von dem Vertreter des Khedive, einer britischen und ägyptischen Ehrenwache und von den Spitzen der Militär- und Civilbehörden empfangen worden. Von den im Hafen liegenden Schiffen wurden Ehrenschüsse abgegeben. Achmed Eyub wird sich mit Sonderzug nach Kairo begeben.

Mexiko, 4. April. Präsident Diaz, welcher den Kongreß eröffnete, sprach seine Zufriedenheit aus über das Gedeihen des Landes, die Entwickelung der Eisenbahnen und Häfen. Ueber die Unruhen durch den General Garza sagte er, fremde Banden hätten zwei Einfälle in Mexiko gemacht, den Regierungstruppen sei es aber ein leichtes gewesen, dieselben über die Grenze zurückzuwerfen. Kavallerieposten seien den Rio-Grande entlang aufgestellt, um die Wiederholung derartiger Vorfälle zu verhüten. Die amerikanische Presse habe diesen unbedeutenden Ereignissen zu großen Werth beigelegt.

Newyork, 4. April. Nach Nachrichten über Galveston wäre in Ecuador eine Revolution ausgebrochen. Die Rebellen ergriffen von einem Regierungsdampfer Besitz.

Aus Peru ist die Meldung eingetroffen, daß man in Peru den Ausbruch innerer Unruhen befürchtet; der frühere Präsident Pierola führe große Mengen Waffen und Munition ein und werbe auf das eifrigste Rekruten an, um die bestehende Regierung zu stürzen.

Buenos-Aires, 4. April. Die Verschwörung der verhafteten Radikalen bezweckte, durch Scheinangriffe in verschiedenen Stadttheilen Verwirrung hervorzurufen und hierbei den Präsidenten Pellegrini, sowie die Expräsidenten Roca und Mitre zu ermorden. Augenblicklich herrscht Ruhe. Die radikalen Anstifter sind als Gefangene an Bord der Kanonenboote gebracht, drei Journale sind zeitweilig unterdrückt worden, die Truppen bleiben außerhalb der Stadt. Es heißt, daß der Belagerungszustand voraussichtlich bis zum 1. Mai aufrecht erhalten werde, an welchem Tage der Kongreß zusammentritt. In der Armee mache sich große Unzufriedenheit, besonders gegenüber dem Kriegsminister bemerkbar.

Baden.

Karlsruhe, 4. April. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten königlich preußischen Offizieren und Militärbeamten Höchstihren Orden vom Zähringer Löwen zu verleihen, und zwar: a. das Großkreuz: dem Generallieutenant z. D. Weinberger, bisher Kommandeur der 28. Division; b. den Stern zum innehabenden Kommandeurkreuz: dem Direktor des Militär-Oekonomiedepartements im Kriegsministerium Generalmajor v. Funck; c. das Kommandeurkreuz 1. Klasse: dem Oberst und Abtheilungschef im Kriegsministerium Paulus; d. das Kommandeurkreuz 2. Klasse: den Abtheilungschefs im Kriegsministerium Oberst Erfling und Oberstlieutenant von Beneckendorff und von Hindenburg und dem Geheimen Oberbaurath Bernhardt im Kriegsministerium; e. das Ritterkreuz 1. Klasse: dem Oberstlieutenant Keßner, Ingenieuroffizier vom Platz in Königsberg; f. das Ritterkreuz 2. Klasse: dem Geheimen Rechnungsrath Plenske im Kriegsministerium.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den königlich preußischen Premierlieutenant a. D. Freiherrn Wilhelm v. Türckheim in Karlsruhe zum Hofjunker zu ernennen und den Oberlehrer Josef Laible an der Realschule zu Konstanz auf sein unterthänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Karlsruhe, 4. April. Obgleich Seine Königliche Hoheit der Großherzog den größeren Theil des Tages außer Bett zubringen kann, so verläuft die Rekonvaleszenz, hauptsächlich wegen der wenig befriedigenden Nächte, doch sehr langsam und wird Höchstderselbe voraussichtlich noch längere Zeit der Schonung bedürfen.

Seine Durchlaucht der Fürst von Fürstenberg traf gestern in Karlsruhe ein, um Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog die Orden seines Herrn Vaters, weiland Seiner Durchlaucht des Fürsten Karl Egon von Fürstenberg zurückzustellen. Der Großherzog gewährte dem Fürsten eine Privataudienz.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich gestern Vormittag nach dem neu erbauten Kadettenhause und wohnte dort der feierlichen Eröffnung dieser Anstalt bei. Ihre Königliche Hoheit verweilte bis zum Schlusse der Feier; auch Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz, Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm, sowie Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl betheiligten sich an der Feier.

** **Karlsruhe,** 4. April. Der erste Tag der Lehrerdebatte ist vorüber. Die Berathung dauerte von 9 bis 2 Uhr. Ein sehr zahlreiches Zuhörerpublikum, das allem Anscheine nach größtentheils aus Lehrern bestand, harrte in Aufmerksamkeit und Geduld bis zum Schlusse aus. Alle Parteien des Hauses betheiligten sich an der Debatte, die natürlich den Charakter der sog. Generaldebatte hatte.

Seitens der Nationalliberalen sprachen neben dem Berichterstatter Wengoldt noch die Abgg. Stribe, Wickens, Gönner und Kiefer. Seitens des Centrums die Abgg. v. Buol, Hug, Wacker, Repp und Gerber. Seitens der Linksliberalen die Abgg. Heimburger und Muser. Seitens der Konservativen der Abg. v. Stockhorner und Seitens der Socialdemokraten der Abg. Rüdt. Man kann nicht sagen, daß die Nationalliberalen gut vertreten waren und einen guten Tag hatten. Ihr „Schulmann" Stribe hat äußerst schwach gesprochen, die beiden Oberbürgermeister von Baden und Heidelberg waren vorwiegend bemüht, das Verfahren der größeren Städte in der Frage der Ruhegehalte und der Relictenversorgung darzulegen und zu vertheidigen und Kiefer „ging der Gaul durch" — wie schon oft.

Es war eine Art Uebereinkommen getroffen, daß die großen Principienfragen über die Regelung des Schulwesens bei Seite gelassen und die Debatten im Rahmen der Regierungsvorlage gehalten werden sollten. Darnach handelte es sich fast ausschließlich um die gesetzliche Regelung der Interessen und Verhältnisse des Lehrerstandes und zwar vorwiegend der materiellen. Der Hauptsache nach waren und sind die Parteien hierin einig. Alles will die materiellen Verhältnisse der Lehrer günstiger gestalten und zwar möglichst befriedigend, also gerecht. Das wurde denn auch eingehalten, bis Kiefer (ziemlich spät) an die Reihe kam. Er begann mit einer für die Gegner höchst provokatorischen Lobrede auf die badische Volksschulgesetzgebung, während welcher der Abg. Wacker, der bereits gesprochen hatte, sich abermals zum Worte meldete. In unglaublicher Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse ging der Mann, dessen politische Bedeutung und Wirksamkeit schließlich auf die Neige geht, soweit, im Tone förmlicher Drohung auszurufen, daß Niemand mehr in diesem Saale es wagen werde, einen Angriff auf diese Schulgesetzgebung zu unternehmen oder in Aussicht zu stellen. Das ist der Mann von früher her noch gewohnt und will es bis zur Stunde nicht merken, daß sich seit den Tagen seiner großen Macht sehr viel geändert hat.

„Hab' mich schon gemeldet", rief Wacker ihm zu und nun ging der Tanz in Kiefer'scher Manier los. In seiner bescheidenen Weise suchte er Wacker's Rede en bagatelle zu behandeln. Keine andere von den vorausgegangenen hatte mehr Aufmerksamkeit hervorgerufen und mehr Wirkung erzielt. Nach Kiefer war sie aber nichts als eine Kette der kleinlichsten Punkte; alle anderen Redner hatten ruhig und sachlich gesprochen, nur nicht Wacker. Nur in selteneren Ausnahmefällen wird in der zweiten Kammer „Bravo!" gerufen, Wackers Rede aber hatte lebhaftes und allgemeines Bravo der Fraktionsgenossen hervorgerufen. Für Kiefer war das nicht ein Anzeichen dafür, daß Wacker wirkungsvoll gesprochen hatte, vielmehr wußte der gelehrte Mann, daß die Bravo-Rufer nur „ihren Führer trösten wollten." Schließlich verhängte er über Wacker die schreckliche Strafe des „ignorirens" für die Zukunft. Fast unmittelbar darauf polemisirte er aber gegen Darlegungen Wackers und hielt im weiteren Verlauf der Debatte eine förmliche Rede gegen denselben. Wie schon oft, so wurde auch jetzt wieder in den Wandelgängen der Kammer von eigenen Fraktionsgenossen über diese verunglückte Kiefer'sche Rede geklagt und gescholten. Und als Wacker ihm nachher mit baarer gutgeprägter Münze ausbezahlte, da wurde mehr als einer seiner Hiebe auch von Nationalliberalen mit Heiterkeit aufgenommen. Auch den klassisch feinen „Ton" ließ Kiefer wieder eine Rolle spielen; der „Schurke" und der „dumme Kerl" hat weitere Gesellschaft erhalten. Wacker hatte die Besorgniß ausgesprochen, die Bestellung des sog. „ersten Lehrers" nach dem von der Kommissionsmehrheit angenommenen Regierungsvorschlage könnte „das Denunciantenthum und Streberthum" fördern, das mehr oder weniger in jedem Stande sich zeige, für den Lehrerstand aber besonders bedenklich und häßlich sei. „So niederträchtig und dumm ist der Lehrerstand nicht", meinte Kiefer dazu.

Der Abg. Gerber erzählte später, in einer nationalliberalen Versammlung sei früher behauptet worden, die Lehrer sollten in ihren Gehaltsverhältnissen besser gestellt werden, damit sie für die Nationalliberalen agitiren. Da schnellte Kiefer in die Höhe, setzte zugleich mit dem Munde seinen ganzen Oberkörper und seine Arme wie drohend in Bewegung und rief zu Gerber hinüber: „Das ist gelogen."

In hohem Maße interessant und charakteristisch war im weiteren Verlaufe der Debatte ein Renkontre zwischen Kiefer und Rüdt. Der konservative Abg. v. Stockhorner hatte der Einfügung einer vierten Religionsstunde das Wort gesprochen. Das rief natürlich bei Kiefer Widerspruch hervor. Dabei erging sich der Mann aber gewohnheitsmäßig in großen Worten über die hohe Bedeutung der Religion und des Religionsunterrichtes. Und das wollte Rüdt gar nicht verstehen. Es gab nun einen höchst amüsanten Dialog der beiden Katecheten Kiefer und Rüdt. Rüdt packte mit Ungenirtheit aus und proklamirte den Krieg gegen den Religionsunterricht in der Schule. **Keinerlei Religionsunterricht will er in der Schule dulden.**

Nun, das weiß man. Er ging aber noch einen Schritt weiter und nahm ein förmliches Examen mit den Nationalliberalen vor. Ganz unbarmherzig legte er dar, daß der eben erwähnte socialistische Standpunkt die naturgemäße Konsequenz des „Liberalismus" sei und warf wiederholt die kategorische Frage auf, wie sich die Nationalliberalen dazu stellen.

Es war ein hochinteressanter Redeabschnitt und ein klassischer Beitrag zur Frage der Blutsverwandtschaft zwischen Nationalliberalismus und Socialdemokratie. Möge er an bestimmten Stellen in der Residenz die gebührende Beachtung finden und auch von der „Bad. Korr." des Herrn Eisenlohr nicht übersehen werden!

Aus Mittelbaden, 3. April. Es wundert uns, daß als Beweis für den Umstand, daß von der nationalliberalen Partei thatsächlich schon vor und neben der Berathung des Volksschulgesetzentwurfes in der Volksschulkommission Beschlüsse in dieser Materie gefaßt wurden und diese dann der Kommission einfach zur Kenntnißnahme mitgetheilt und auktroirt werden sollten, ein diesbezüglicher Artikel der „Badischen Schulzeitung" noch nicht aufgegriffen wurde. In seiner Nr. 7 vom 13. Februar, also noch einige Tage vor den bekannten Auftritten in der Volksschulkommission und in der Kammer selbst, schrieb dieses Blatt unter dem Redaktionszeichen wörtlich Folgendes:

„Mit großer Freude und innerer Genugthuung können wir unseren Lesern die frohe Botschaft bringen, daß in der Zweiten Kammer an dem Entwurf große Aenderungen zum Besseren geplant sind. Die nationalliberale Partei hat in einer Sitzung einstimmig (die Worte „nationalliberale" und „einstimmig" sind in dem Artikel selbst gesperrt gedruckt) beschlossen, folgende Aenderungen unter allen Umständen durchzusetzen:

1. Gehalt 1100—2000 M. in dreijährigen Zulagefristen;
2. Aufrundung aller Gehalte auf 100;
3. ein Hauptlehrer erhält mit 20 Dienstjahren 1400 Mark (mit 15 Dienstjahren 1300 M.), mit 25 1500 M., mit 30 1600 M., mit 36 1700 M., mit 40 1800 M., mit 45 1900 M. und mit 50 Dienstjahren 2000 Mark. Diese Zulagen gelten als außerordentliche und unterbrechen den regelmäßigen Fristenlauf nicht."

Eines weiteren Kommentars bedarf diese Mittheilung nicht. Die Redaktion der „Badischen Schulzeitung" wie auch der Obmann des badischen Volksschullehrervereins — zu dieser Ueberzeugung muß man durch verschiedene Veröffentlichungen aus Lehrerkreisen gelangen — stehen mit einzelnen, in Schulsachen tonangebenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei in ziemlich vertrautem Verkehr und waren von dem Sachverhalte unterrichtet, noch ehe in Kommission und Kammer davon die Rede war. Die vorzeitige Veröffentlichung dieser Beschlüsse sollte jedenfalls dazu dienen, bei den Lehrern die Meinung hervorzurufen und zu erhärten, daß das durch das neue Volksschulgesetz zu Erhoffende vor allem das Werk der Nationalliberalen und diesen auch der Dank dafür abzustatten sei. Es sollte damit den übrigen Parteien der Rang abgelaufen werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 4. April.

57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Heimburger: Der Gesetzentwurf sei eine logische Folge des Beamtengesetzes; er gehe jedoch weiter als das Beamtengesetz, da dieser nicht eine Besserstellung, sondern nur eine Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Beamten bezwecke; die Besserstellung solle später erfolgen. Der vorliegende Gesetzentwurf vereinige Beides, deshalb begrüße seine Partei die Vorlage sehr. Bei uns gebe es Gott sei Dank für alle Stände nur eine Schule. Arme und Reiche säßen bei uns auf der gleichen Schulbank und das schade nichts und er hoffe, daß dies auch so bleibe. Wenn die Schule was leisten solle, dürfe das Lehrerpersonal keinen berechtigten Grund zu Beschwerden und Klagen haben, denn nur ein von materiellen Sorgen freies Lehrerpersonal könne mit den gewünschten Erfolgen wirken. Er danke deshalb der Großh. Regierung für die Vorlage, die entschieden als ein Fortschritt zu betrachten sei. Für sehr zweckmäßig halte er es, wenn in Zukunft auch die Kreisschulrathsstellen den Lehrern zugänglich gemacht würden und wenn man auch dem Oberschulrath einen pädagogisch gebildeten Lehrer als Mitglied beigebe. Die Vermehrung der Lehrerinnen begrüße er ebenfalls und zwar deshalb, weil dadurch die Lösung der Frauenfrage gefördert werde. Ungenügend erscheine ihm die vorgeschlagene Gehaltsskala, bezüglich des Höchstgehaltes und der Zulagefristen, sowie die Uebergangsbestimmungen. Allerdings habe aus finanziellen Gründen nicht mehr erreicht werden können, er erkläre aber Namens seiner Freunde, daß in dem Gesetzentwurf das Mindestmaß gewährt werde, daß weiter herunter nicht gegangen werden könne. Mit der staatlichen Gehaltsauszahlung sei er ebenfalls einverstanden. Prinzipiell stehe er auf dem Standpunkt, daß kein Schulgeld erhoben werden solle, für jetzt nehme seine Partei aber Abstand, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Die älteren Lehrer kämen zwar etwas schlechter weg, er glaube aber, daß sie zufrieden sein werden.

Abg. v. Buol: Er wolle seine und seiner Freunde Stellung zur Vorlage präzisiren, sich dabei streng innerhalb des Rahmens des Entwurfs und des Kommissionsberichts halten und der Kürze befleißigen, um nicht andern Rednern von seiner Seite des Hauses vorzugreifen und der Spezialberathung zu überlassen, was dieser gehört. — In der Hauptsache sei seine Haltung vorgezeichnet — wenigstens für diejenigen, welche dem vorigen Landtage angehörten —, durch einen Beschluß des Letzteren, welcher ungefähr das besagte, was der Entwurf wolle; aber auch abgesehen davon, nämlich aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, könne er erklären, daß dem Kommissionsbeschluß im Ganzen zugestimmt werde, vorbehaltlich des einen oder des andern Abänderungs-Antrages. — In letzterer Beziehung freue er sich dem Vorredner Heimburger zustimmen zu können; auch er wolle beim „ersten Lehrer" die freie Verfügung, um nicht zu sagen „Willkür" beschränkt wissen; auch in zwei anderen Punkten sei er in deren Ablehnung mit dem Vorredner einverstanden, um so mehr, als er die bezüglichen Begehren in einer diesem geistesverwandten Presse vertheidigt gesehen habe. Was nämlich die Lehrer der größeren Städte betreffe, so sei er ganz der Ansicht, daß der Staat bei deren Pensionirung nur das gesetzliche, nicht das faktische Gehalt zu Grunde legen könne, weil sonst eine doppelte Ungleichheit entstehen würde und vielmehr den Städten überlassen werden müsse, auch für ihre Pensionäre einzuspringen; ebenso wenig könne er sich für die gesetzliche Regelung dieser Städte-Gehaltsfragen erwärmen; man solle froh sein, daß solche Gebiete spontan in einer so splendiden Weise besorgt werden und nicht eher mit Gesetzesschranken und einengenden Maßnahmen vorgehen, als nothwendig. — Auch hinsichtlich der Mehrung der Zahl der Lehrerinnen sei er mit dem Vorredner im Gegensatz zu dem gedachten demokratischen Blatt um so mehr einverstanden, als hier dasjenige Gebiet vorliege, wo die Meinungen des Redners und des Vorredners über Erweiterung der Berufsthätigkeit der Frau zusammentrafen. — Zu den Kommissionsbeschlüssen zurückkehrend, will Redner zuerst die positive, dann die negative Seite erörtern. In ersterer Beziehung habe der Bericht auf Seite 4 alle Abänderungen des bisherigen Rechts, bis aufs Kleinste aufgezählt; ihm erscheinen deren zwei als hervorragend. Einmal der Uebergang vom Ortsklassensystem zum Altersystem; als Konsequenzen davon seien mehr oder weniger zu betrachten: die Uebernahme der Mehrbelastung auf den Staat, die Auszahlung der Gehälter durch diesen, die Einräumung an die Gemeinden auf Schulgeld zu verzichten, die Besetzung der Hauptlehrerstellen, sowie die verschiedene Behandlung der Städteordnungs- und der andern Gemeinden. Damit sei er einverstanden; zu bedenken gäben ihm aber tieferliegende Konsequenzen dieses Systemwechsels hinsichtlich der künftigen rechtlichen Stellung des Lehrers und hinsichtlich des Verhältnisses der Gemeinden zum Lehrer. Bisher habe Letzterer eine Mittelstellung zwischen Gemeinde- und Staatsbeamten eingenommen; aus dieser scheide der Lehrer nunmehr aus, um fast ganz Staatsbeamter zu werden, während er in den Städteordnungsgemeinden fast ausschließlicher Gemeindebeamter werde. Ob diese Umgestaltung für die Lehrer sowohl, als für die Gemeinden stets Vortheile, oder wie der Kommissionsbericht sich ausdrücke, „Annehmlichkeiten" mit sich bringen werde, bezweifle er; möge es der Fall sein! Der Systemwechsel sei von allen Lehrern gewünscht, von keiner Gemeinde bekämpft worden, es liege einmal im Zuge der Zeit — wünschten ja selbst Diener der Kirche das Verlassen des Pfründesystems —, es dürfe aber nicht den Anschein gewinnen, als sei diese bedenkliche Seite der Sache nicht erkannt und geltend gemacht worden. — Der zweite Hauptpunkt seien die Gehaltsverhältnisse, hinsichtlich deren er dem Kommissionsbeschluß zustimme. Die Uebergangsbestimmungen aber des Entwurfs seien geradezu hart, denn ältere Lehrer seien von den Wohlthaten so gut wie ausgeschlossen. Er behalte sich, da ihm auch der Kommissionsbeschluß in dieser Richtung nicht ganz genügt, einen Antrag vor, der dem Grundsatz, wenn auch nicht ganz — denn das wäre wiederum nicht zutreffend —, so doch im Großen entspreche, daß jeder Lehrer bei Eintritt des neuen Gesetzes, so zu betrachten sei, als habe er stets unter demselben gedient und daß dabei vor Andern die älteren Lehrer zu berücksichtigen seien. Dabei lasse er sich den Einwand nicht gefallen, daß solche rückwirkende Uebergangsbestimmungen auch beim Beamtengesetz nicht stattgefunden hätten. Von Seiten der Regierung befürchte er dieselben nicht, denn diese selbst habe im Entwurf einige über das Beamtengesetz hinausgehende Vergünstigungen (S. 5) gewährt; im Schulwesen sei eben die Sachlage eine ganz andere; dort hätten bisher Altersgenossen ganz verschiedene Bezüge gehabt; da dies Prinzip aber geändert werden solle, dürfe man nicht auf den Grundsätzen desselben aufbauen, sondern müßten konsequenter Weise Ungleichheiten sofort ausgeglichen werden. Der sog. Beharrungszustand dürfe nicht in 17 Jahren, wie nach dem Entwurf, oder in etwa 10 Jahren, wie nach dem Kommissionsbeschluß, sondern er müsse soweit immer möglich, sofort eintreten. — Zur Negative sich wendend, erklärt Redner, daß einigen Wünschen der Lehrer und der öffentlichen Kritik des Entwurfs schlechthin nicht zu entsprechen sei. Es habe auf ihn überhaupt keinen angenehmen Eindruck gemacht, daß die Lehrer, ehe die Vorlage erschien, Alles auf Grund und nach dem Beamtengesetz verlangt, sowie aber der Entwurf erschienen war, sich mit sämmtlichen Punkten desselben unzufrieden erklärt hätten und daß nunmehr Begehren gestellt worden seien, die direkt im Widerspruch mit dem Beamtengesetz stünden; so die Festsetzung eines Alters- oder Dienstjahres für den Anfangsgehalt, die in gar keiner Beamtenkategorie möglich und gewiß in keinem Beamtengesetz der Welt normirt sei; auch die begehrte rückwirkende Kraft auf bereits Pensionirte sei, so sehr zu wünschen wäre, daß Bedürftigen aus irgend welchen Mitteln geholfen werde, hier unmöglich, wie auch im Beamtengesetz. — Ueber weitere Einzelheiten will sich Redner heute nicht äußern, er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es gelingen möge, ein Gesetz zu Stande zu bringen, das Zufriedenheit erzeuge und für den gesammten Lehrerstand ein Sporn sein möge, sich seiner schönen und hohen Aufgabe mit allem Eifer hinzugeben, der darin bestehe, unsere Jugend zu tüchtigen und gottesfürchtigen Staatsbürgern heranzuziehen. (Bravo.)

Abg. v. Stockhorner: Der Volksschullehrer habe eine hohe Aufgabe; er habe den Kindern nicht bloß Kenntnisse beizubringen, sondern dieselben auch zu erziehen. Dementsprechend müßten aber auch die Lehrer bezahlt sein. Bezüglich der Pensionirung der Lehrer in den Städten stimme er dem Abg. v. Buol bei, ein Bedürfniß liege nicht vor, nachdem die Städte so reichlich ihre Schulen dotirten. Seine Partei halte es ferner für nöthig, daß in unserer materiellen Zeitrichtung dem Religionsunterricht 4 Stunden wöchentlich zugetheilt würden. Es würden sich allerdings Schwierigkeiten ergeben, allein sie könnten überwunden werden. Eine 4. Religionsstunde sei eben unbedingt nöthig. Im Uebrigen stimme er den Kommissionsanträgen bei.

Abg. Hug erörtert die Frage, ob der Gesetzentwurf der Forderung Rechnung trage, daß die aus der geplanten Gehaltsaufbesserung resultirende Mehrbelastung vom Staat übernommen werde. Er verkenne nicht die großen Schwierigkeiten, die der Gestaltung des Gesetzentwurfs im Sinn einer Ueberwälzung des Mehraufwands auf die Staatskasse entgegenstehen, gebe aber zu, daß diese Schwierigkeiten glücklich überwunden worden seien. Der § 52 des neuen Gesetzentwurfs enthalte die Normen, welche die Beiträge der Gemeinde für Lehrergehalte rc. regele; — diese Beiträge entsprechen den seitherigen Leistungen, sie seien bis ins Einzelne für eine jede Gemeinde des Landes berechnet und betragen im Ganzen 3,300,000 Mk. Diese Summe bilde z. Zt. das Maximum, das von der Gemeinde zu leisten sei. Auch-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die Bestimmungen, in welchem Verhältniß die Staatskasse gegenüber den Gemeinden innerhalb des Rahmens der ihnen obliegenden Leistungen einzutreten habe, haben sich nicht verändert, es bleiben die im Gesetz vom Jahr 1884 vorgeschriebenen Normen in Kraft, wonach je nach dem Umlagefuß von 20 bis 60 Pf. von 100 Mk. Steuerkapital der Staatsbeitrag wachse und beim Umlagefuß von mehr als 60 Pf. der Aufwand für Lehrergehalte unter Verschonung der betr. Gemeinden gänzlich von der Staatskasse übernommen werde. Durch all' diese Bestimmungen sei volle Garantie geboten, daß die aus dem Gesetzentwurf erwachsende Mehrbelastung von der Staatskasse getragen werde. Es seien nun zwei Wege offen gestanden, die Zuschüsse des Staates zu leisten, entweder könnten dieselben jeder einzelnen Gemeinde verabfolgt werden, oder aber es könnte eine Centralkasse für die Volksschullehrer errichtet werden. Der erstere Weg biete viele praktische Schwierigkeiten wegen der Abrechnungen, die zwischen Staat und Gemeinden zu pflegen wären; — der letztere dagegen schneide all' diese Umständlichkeiten ab und sei ganz zweckentsprechend. Redner schildert die Vortheile der Errichtung der Centralkasse und betont, daß auch im Kommissionsbericht diese Einrichtung als ein erfreulicher Fortschritt begrüßt werde. Dem Gesetzentwurf im Ganzen sowie den vorgeschlagenen Verbesserungen stehe er freundlich gegenüber und er hoffe, daß das Gesetz dem Land zum Segen und dem Lehrerstand zum Wohl gereiche.

Abg. Wilckens: Der vorliegende Gesetzentwurf betreffe in erster Reihe die Landlehrer; d. h. Lehrer, die nicht in den der Städteordnung unterstehenden Städten angestellt seien; er habe aber auch bezüglich der Letzteren einen praktischen Werth, indem er den Stadtbehörden das Ernennungsrecht der Lehrer zugesteht. Die Städte bezahlten jährlich 160,000 Mk. mehr, als sie gesetzlich bezahlen müßten. In Karlsruhe und Heidelberg betrage der Anfangsgehalt 2000 Mk., der Höchstgehalt 3900 Mk. Das seien große Opfer, da sämmtliche Beträge von den Städten allein getragen werden müßten. Die Städte brächten aber diese Opfer im Interesse einer ordentlichen Bürgerschaft gerne. Die Furcht, die Städte würden von dem ihnen nun zustehenden Ernennungsrechte einen ungehörigen Gebrauch machen, sei unbegründet, wenn es auch nicht zu vermeiden sei, daß alle jene Lehrer, welche um eine Stelle vergeblich sich bemühten, unzufrieden wären. Sowohl die Lehrer wie die Städte könnten in dieser Beziehung mit dem Gesetzentwurf einverstanden sein: erstere hätten allerdings noch einen Wunsch bezüglich ihrer Pensionirung resp. Erhöhung ihrer Pension. Die Kommission wolle diese den Städten überlassen, dagegen müsse er wenigstens für Heidelberg betonen, daß davon wenigstens in nächster Zeit die Rede nicht sein könne. Die Stadt habe in den letzten Jahren für ihr Schulwesen so große Opfer gebracht, daß es momentan unmöglich sei, weitere zu verlangen, später sei dies vielleicht möglich.

Abg. Wacker: Der vorliegende Gesetzentwurf sei von großer Wichtigkeit, wie dies bei allen das Schulwesen betreffenden Bestimmungen überhaupt selbstverständlich sei. Der Entwurf betreffe zunächst weniger die Schule als insbesondere die Verhältnisse des Lehrerstandes; allein beide seien ja mit einander auf's Engste verbunden und von einander abhängig. Solle die Schule ersprießlich wirken und leistungsfähig sein, so dürften die Lehrer keine Nahrungssorgen haben. Die 3 bis 4000 Volksschullehrer bildeten eine Macht in unserem Lande, dabei stünden sie noch mitten in den Gemeinden und übten einen nicht geringen Einfluß aus. Auch aus diesem Grunde sei die Regelung ihrer Verhältnisse dankbar anzuerkennen. Einer der Herren Vorredner (Abg. Heimburger) habe betont, in seiner Partei bilde die Verbesserung der Verhältnisse des Lehrerstandes einen Programmpunkt. Das könne er nicht unwidersprochen lassen, denn diese Besserstellung sei, nachdem sie sich einmal als nothwendig erwiesen, einfach selbstverständlich. So verschieden die Ansichten der einzelnen Parteien in Fragen sein könnten, die heute allerdings nicht zur Sprache gebracht werden, so beklagenswerth wäre es, wenn man bezüglich der Verhältnisse des Lehrerstandes verschiedener Ansicht sein wollte; in Baden gebe es überhaupt nur Freunde des Lehrerstandes. Es sei bei uns auch schon eine andere Sprache geführt worden, man habe es schon erlebt, daß das Volk je nach seiner Parteirichtung für Vaterlandsfreunde oder Reichsfeinde erklärt worden sei; allerdings seien wir jetzt über diese Zeiten hinaus, hoffentlich kämen auch bald die Zeiten, wo man nicht mehr von Lehrerfeinden und Lehrerfreunden spreche. Schon manches harte Wort sei auch schon gesprochen und geschrieben worden, aber es sei noch nicht lange her, so sei dies von jener Seite geschehen, die sich als die patentirten Lehrerfreunde betrachten. Harte Worte, wenn sie von uns fielen, bezogen sich niemals auf den Lehrerstand als solchen, sondern stets auf einzelne Auswüchse desselben. Auswüchse kommen aber überall vor, bei den Lehrern würden sie nur mehr beachtet und leider bildeten diese Auswüchse gerade bei den Lehrern nicht selten die Quellen von Versuchungen &c. Bei Regelung der Verhältnisse der Lehrer dürfe man die grundsätzlichen Interessen nicht übersehen. Vorwiegend handle es sich um materielle Interessen, aber auch andere verdeckte, namentlich ideelle Interessen kämen in Betracht. Je mehr die materiellen Interessen der Lehrer im Zusammenhang stünden mit Schule und Gemeinde, um so mehr müsse ihnen Rechnung getragen werden. Im Allgemeinen rufe der Gesetzentwurf keine Bedenken in ihm wach, wohl aber einzelne Bestimmungen desselben: das sei insbesondere bezüglich des Ueberganges von Orts- in's Altersklassensystem der Fall, hier wünschten die Lehrer vor Allem eine einheitliche Behandlung. Die Abhängigkeit resp. Unabhängigkeit hänge gerade von diesem Orts- und Altersklassensystem ab. Er halte es den Interessen der Lehrer mehr entsprechend, wenn sie mehr bei den Gemeinden blieben. Der Gesetzentwurf erweitere die Kompetenz der der Städteordnung angehörigen Städte, während die Kompetenz der übrigen Gemeinden vermindert werde, das sei ein bedenklicher Widerspruch. Auch das Institut der sogenannten „ersten Lehrer" habe seine Bedenken; obwohl er gegen das Institut im Allgemeinen nichts einzuwenden habe, so mache ihm doch die im Entwurf vorgesehene Art und Weise der Besetzung derselben unannehmbar; da dem Denunciantenthum und Streberthum dadurch Vorschub geleistet werde. Bezüglich der materiellen Regelung, die ja die Hauptsache bilde, sei er ebenfalls nicht mit allem einverstanden, was die Kommission bei ihren Beschlüssen geleitet habe. Der Erhöhung des Höchstgehaltes von 1800 auf 2000 Mk. stimme er bei, dagegen halte er es nicht für recht, daß die Kommission auch auf die sogenannten Nebenverdienste hingewiesen und sie in Berücksichtigung gezogen habe; den Maßstab für die Beurtheilung der Gehaltssätze müßten nur Lehrer abgeben, die keine Nebenverdienste haben. Nicht im Bericht, aber bei anderen Anlässen sei auch schon darauf hingewiesen worden, daß die Lehrer sehr häufig reiche Bauerntöchter zu Frauen bekämen; aber auch das dürfe nicht in Betracht kommen. Die Lehrer müßten so gestellt sein, daß sie eine Familie auch dann ernähren könnten, wenn sie keine reiche, sondern eine arme Frau heiratheten, sie dürften nicht gleichsam gezwungen werden, sich eine reiche Frau zu suchen. Bei den ebenfalls sehr wichtigen Uebergangsbestimmungen vermisse er die Rücksicht auf die Gerechtigkeit und Logik; allerdings sei ihm nicht unbekannt, daß dieser Mangel auf das Finanzministerium zurückgeführt werden müsse und es sei deßhalb doppelt anzuerkennen von Seiten des Unterrichtsministeriums, daß es trotzdem soviel erreicht habe. Allein wenn die Regierung anerkenne, daß die Regelung der Lehrerverhältnisse ein Bedürfniß sei, so müsse sie doch dieses Bedürfniß auch für jetzt anerkennen, und wenn es aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, auch den jetzigen, ebenso berechtigten Bedürfnissen zu entsprechen, so hätte man eben mit den Gehältern im Allgemeinen nicht so weit hinaufgehen sollen, und hätte lieber allen gleichmäßig entsprechen sollen, auf jeden Fall hätte man aber nicht die alten, im Dienst ergrauten Lehrer mit ihren erhöhten Familienansprüchen nicht hinter die jungen erst ihre Laufbahn beginnenden Lehrer stellen sollen. Er zweifle nicht daran, daß unter den Lehrern soviel Solidarität herrsche und die jungen Lehrer soviel Noblesse besitzen, daß sie damit auch einverstanden sein würden. Das sei sein Standpunkt. Dabei habe er keine andere Rücksicht im Auge, als die der Gerechtigkeit und der Logik; er treibe insbesondere keine Beruhigungs- und Beschwichtigungspolitik, wie sie der Regierung gerade auf diesem Landtag häufig beliebe. Mit der Erklärung des Abg. Wilckens bezüglich der Pensionserhöhungen der in den Städten angestellten Lehrer könne er sich nicht einverstanden erklären; er halte es für logisch und gerecht, daß die Städte auch für diese Pensionserhöhungen aufkommen, denn sie könnten doch nicht verlangen, daß ein in Ruhestand versetzter Lehrer die Stadt verlasse und auf's Land ziehe. Sehr interessant sei ihm die Erklärung des Abg. Wilckens, daß die Städte deßhalb ihre Lehrer so gut bezahlen, um tüchtige Kräfte zu bekommen. Er habe geglaubt, die gute Bezahlung erfolge, erstens in Rücksicht auf die theure Lebensweise in den Städten und in Rücksicht des weiteren Umstandes, daß eben auch die anderen Beamten der Städte, namentlich die Herren Oberbürgermeister auch sehr gut bezahlt würden. Wenn Herr Abgeordneter Wilckens entschieden erkläre, daß die Städte für diese Pensionserhöhung z. Zt. nichts thun würden, so beweise dies, daß er als Oberbürgermeister einen festen Boden unter den Füßen fühle, gerecht und logisch sei das aber nicht.

Abg. Rüdt erörtert den Standpunkt der Socialdemokratie zur Volksschule, keiner Partei sei mehr an derselben gelegen, als den Socialdemokraten. Sie hätten an einer guten Schule das größte Interesse. Unzweifelhaft stünden wir vor den Thoren einer neuen Zeit, die sich nicht mehr zurückdrängen lasse. Je gebildeter aber die Völker seien, um so ruhiger könne diese neue Zeit herankommen, um so besser werde dieselbe verstanden — erläuternd fügt Redner bei, er wolle damit sagen, daß ein gebildetes Volk sich in die neuen Verhältnisse hineinlebe ohne Revolution, die auch die Socialdemokraten nicht wollen —, deßhalb begrüße Niemand mehr eine gute Schule als sie; die Lehrer müßten dann aber auch dementsprechend gut bezahlt sein, denn ein Lehrer, der Nahrungssorgen habe, sei in seinen Leistungen beengt. Der Gesetzesvorlage stehe er aus diesem Grunde sympathisch gegenüber; sie beseitige manche alte Ungerechtigkeit und trage den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung. Das sei von der Regierung um so mehr anzuerkennen, als jeder Mehrausgabe vom Finanzministerium Schwierigkeiten bereitet würden. Auch theile er die Ansicht der Herren v. Buol und Wacker, daß die alten verdienten Lehrer nicht zurückgestellt würden, jedoch wolle er nicht, daß deren Besserstellung auf Kosten der jüngeren Lehrer erfolge. Der Staat solle da einfach einige Hunderttausend mehr anlegen. Besser als bei der Schule könne man Staatsmittel nicht verwenden. Das Kapital, das der Staat hier anlege, trage hundert-, ja tausendfältige Früchte für die ganze Menschheit.

Abg. Kiefer rühmt das bisherige Vorgehen Badens auf dem Gebiete der Schule. Jederzeit sei den Verhältnissen Rechnung getragen worden; mit dem Fortschreiten der Zeitverhältnisse habe man gleichen Schritt gehalten, deshalb könne unsere Schule eine moderne genannt werden. Neben den anderen elementaren Kenntnissen habe auch die Religion ihre Pflege gefunden, und zwar in der Weise, daß die Konfessionen nicht gegenseitig mit Haß erfüllt wurden. Redner polemisirt gegen den Abg. Wacker; denn dieser bedaure, daß die Schule dem Einfluß der Gemeinden mehr und mehr entzogen würde, so solle das wohl heißen, aus den Händen der Geistlichen. Für die materielle Besserstellung der Lehrer werde hier ein guter Schritt nach vorwärts gethan. Der finanzielle Aufwand sei nicht zu groß, er könne wohl geleistet werden und er glaube, daß auch der Finanzminister, wenn er sehe, daß es das ganze Haus verlange, den beantragten verbessernden Abänderungen zustimme. Eine vierte Religionsstunde, wie sie vom Abg. von Stockhorner verlangt worden sei, halte er nicht für nöthig, abgesehen davon, daß die Zahl der Religionsstunden nicht gesetzlich geregelt sei, also auch hier nicht festgestellt werden könne. Die Hauptsache im Religionsunterricht sei, daß Herz und Gemüth von Religiosität durchdrungen würden, dies könne ein tüchtiger Lehrer in 3 Stunden wöchentlich ebenso gut fertig bringen, wie in 4. Die Institution der ersten Lehrer begrüße er mit Freuden und hege nicht die vom Abg. Wacker geäußerten Bedenken. So lange ein tüchtiger älterer Lehrer vorhanden sei, solle man diesem diese Stelle übertragen, da dieser mit Kenntnissen auch Erfahrung verbinde. Er glaube, daß der gesammte Gesetzentwurf in der ganzen Lehrerwelt freudige Aufnahme und dankbare Anerkennung finden wird.

Kultusminister Nokk gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gesetzentwurf auf allen Seiten des Hauses sympathisch und mit Befriedigung aufgenommen worden ist; er freut sich auch über die der Schule beigemessene Bedeutung und die den Lehrern gewordene Anerkennung. Die Regierung habe gewiß ein weites Entgegenkommen gezeigt, wenn sie auch nicht überall die Kommissionsvorschläge voll und ganz angenommen habe. Jedoch nicht Mangel an Entgegenkommen habe sie gehindert, weiter zu gehen, es lägen eben finanzielle Bedenken vor. Den Herrn Finanzminister müsse er gegen die Angriffe verschiedener Mitglieder in Schutz nehmen. Es sei eben dessen Aufgabe und Pflicht, einen sparsamen Haushalt zu führen und das sei bekanntlich nicht immer leicht. Der von der Kommission vorgeschlagenen 3jährigen statt 4jährigen Zulagefrist könne die Regierung unter keinen Umständen zustimmen und zwar aus finanziellen Gründen, ohne jedoch zu befürchten, daß das Gesetz daran scheitern werde, da diese Frage ja nicht principieller Natur sei. Nach 2 Jahren würde ja das Beamtengesetz einer Revision unterzogen und bei dieser Gelegenheit könnte man ja, wenn sich ein Bedürfniß bis dahin herausstellte, auch die Zulagefristen der Lehrer auf 3 Jahre herabsetzen. Heute aber habe man noch keinen Ueberblick über den finanziellen Effekt des Ganzen und müsse deßhalb zurückhalten. Auch werde dieser Punkt erst in etwa 7 Jahren praktisch, da die nächsten beiden Zulagen jeweils nach 3 Jahren erfolgten. Er schlage also einen Kompromiß vor. Hinsichtlich der Uebergangsbestimmungen ließe die Regierung jedoch mit sich reden; sie sei bereit, bezüglich der älteren Lehrern einen Ausgleich eintreten zu lassen, nur wünsche er, daß die einzelnen Beträge nicht auf volle Hundert, sondern jeweils auf „zehn" aufgerundet werden. Er hoffe, daß das Gesetz zu Stande kommt.

Abg. Heimburger: Seine Partei verlange keine weitere resp. 4. Religionsstunde, denn wirkliche Religiosität werde nicht gerade in der Religionsstunde den Kindern beigebracht. Daß die Regierung gerade dem Hauptantrag der Kommission auf 3jährige Dienstzulage ihre Zustimmung versagen wolle, bedaure er. Dafür, daß man nach 2 Jahren das Gesetz dahin abändern könne, sei er nicht, man solle gleich das Richtige schaffen. Trotzdem habe er von der Regierung eine noch schärfere Tonart erwartet.

Abg. Wilckens freut sich, daß die Regierung bezüglich der Uebergangsbestimmungen entgegenkomme, bedauere aber, daß dies nicht auch bezüglich der 3jährigen Zulagefristen geschehe. Er hoffe aber nicht, daß daran das Gesetz scheitere. Redner kommt noch einmal auf die Stadtschulen zu sprechen und polemisirt dabei gegen einige Ausführungen des Abg. Wacker, dabei wiederholend, daß die Städte für die Pensionserhöhung jetzt nicht aufkommen könnten.

Abg. Wacker bleibt bei dem, was er bezüglich der Stadtschulen und dem Abg. Wilckens gegenüber sagte, er finde es einfach nicht gerecht und logisch, wenn die Städte für die Pensionserhöhungen nicht aufkommen wollten. Die Kommissionsanträge, namentlich die 3jährigen Zulagefristen und die Uebergangsbestimmungen betreffend, werde seine Fraktion bis zum Aeußersten vertheidigen, auch diesbezügliche eigene Anträge einbringen und Vorschläge machen, aber sie werde das Gesetz im Großen und Ganzen nicht von diesen Punkten abhängig machen. Redner kommt auf einige Ausführungen Kiefer's zu sprechen. Dieser habe zuerst die sachliche Diskussion verlassen und Dinge zur Sprache gebracht, die man heute absichtlich nicht besprechen wollte. Stillschweigend habe man sich gegenseitig verabredet, sich genau im Rahmen der Gesetzesvorlage zu halten. Da nun Kiefer davon abgekommen, erlaube er sich zu bemerken, daß auch noch eine principielle Regelung unserer Volksschule hier zur Sprache gebracht werde; das politische Niveau des Herrn Kiefer müsse sehr niedrig stehen, wenn er das nicht wisse. So lange allerdings der Geist Kiefer's die Mehrheit dieses Hauses beherrsche, werde das Centrum an diese principielle Regelung nicht gehen, ausbleiben werde sie aber deßhalb nicht. Kiefer habe unsere unter seiner hervorragenden Mitarbeit geschaffene badische Schulgesetzgebung sehr gelobt, wie er überhaupt seine Werke gerne lobe, allein bei vielen seiner eigenen Parteifreunde finde diese Kiefer'sche Schulpolitik lebhaften Widerspruch; auch könne ein aufmerksamer Beobachter merken, daß die Regierung dieses Gesetz in neuerer Zeit auch ganz ihrem Geiste entsprechend anwende. Er wäre stets bereit, die Ausführungen Kiefer's zu ignoriren, wollte es dieser auch ihm gegenüber so halten, so würden die Debatten dadurch wesentlich abgekürzt.

Abg. Gönner erklärt seine Zustimmung zu vorliegendem Gesetz und glaubt, daß die Regierung wohl ein Budget vorlegen könne, das dem Entwurf nach den Kommissionsbeschlüssen gerecht werde. Weiter vertheidigt er den Abg. Wilckens gegen Wacker und betont, letzterer habe gesagt, er werde die konfessionelle Schule verlangen.

Abg. Kopp kennt als Vorsitzender eines Ortsschulrathes seit 25 Jahren die Verhältnisse der Lehrer, ihre Freuden und Leiden ganz genau. Letztere seien in der Regel größer als die Freuden. Zu sonstigen Mißhelligkeiten käme noch insbesondere die Verwilderung und Verrohung der Jugend von Haus aus, welche oft noch gegen die Lehrer in Schutz genommen würde. Verbesserte Pflege der Religiosität und mehr Zucht sei sehr nöthig. Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister seien dazu in erster Reihe berufen, allein es fehlte ihnen gar häufig die gesetzliche Grundlage und der gesetzliche Schutz. Auch die Landgemeinden leisteten für ihre Schulen viel, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Städte, wozu sie eben zu schwach seien, und sie thun es gern. Er habe stets den Lehrern Vergünstigungen zugewendet, wenn er in der Lage gewesen sei, er sei stets ein Freund der Lehrer gewesen und müsse deßhalb den Vorwurf Kiefer's zurückweisen, als seien er und seine Freunde erst heute dies. Im Uebrigen sei er sehr befriedigt, daß zur Besserstellung der Lehrer die Gemeinden nicht in erhöhtem Maße aufkommen müßten.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Rüdt wendet sich gegen die Stockhorner'schen Wünsche bezüglich der Einführung der vierten Religionsstunde und erklärt, daß seine Partei die Verweltlichung der Schule anstrebe. Es entspreche nicht mehr dem 19. Jahrhundert, die Kinder mit den Märchen- und Wundergeschichten des alten und neuen Testamentes zu quälen. Redner sucht aus der nationalliberalen Partei ihre wahre Ansicht über Religion herauszubekommen. Ihrem ganzen Auftreten nach könnten die Nationalliberalen eine Dogmenreligion nicht im Auge haben, jedenfalls nur eine Humanitätsreligion. Die Schule müsse verstaatlicht werden, den Krummstab wolle er nicht in der Schule walten sehen, der Staat müsse die Erziehung der Generation in der Hand behalten. Der Einfluß der Kirche müsse beschränkt und aus der Schule ganz beseitigt werden.

Abg. Muser bedauert, daß der Vorredner die principielle Frage der Schule heute angeregt habe, er werde bei der Berathung des Kultusetats die große wichtige principielle Frage erörtern und auf die Auslassungen Rüdt's antworten.

Abg. Kiefer wendet sich gegen einzelne Ausführungen Wacker's, der älter würde als Methusela, wenn er die Aufhebung der gemischten Schule in Baden erlebe. Bezüglich des Religionsunterrichts in der Schule stehe er auf dem entgegengesetzten Standpunkt des Abg. Rüdt. Er trete ein für die tiefe Durchbildung des Gemüthes auf Grundlage der Religion.

Abg. v. Stockhorner tritt nochmals für die Einführung der vierten Religionsstunde ein.

Abg. Gerber wird für das Gesetz stimmen ohne jede politische Erwägung. Die Lehrer seien zwar ihrer Mehrzahl nach seine politischen Gegner, aber das Gesetz sei recht und billig und deßhalb stimme er dafür. Daß die Verhältnisse der Lehrer nicht verlockend seien, beweise der schon 20 Jahre andauernde Lehrermangel. Wenn man die sonstigen Annehmlichkeiten dieses Standes betrachte, sollte man glauben, es sollte zu viel Lehrer geben. Die Ursache des geringen Zuganges liege also an der schlechten Bezahlung. Die vierte Religionsstunde sei vom Centrum zwar nicht verlangt worden, aber auch er halte sie für geboten. Religion sei auch Wissenschaft, deßhalb werde das Kind durch den Religionsunterricht nicht nur religiös, sondern lerne auch dabei. Jetzt sei unser Volk noch ein gläubiges und deßhalb könne es von seinen Lehrern verlangen, daß die von ihm bezahlten Lehrer auch Religion lehren. Rüdt habe viele Unrichtigkeiten vorgebracht. Noch niemals hätten unsere Lehrer den Blasbalg getreten — Rüdt müsse nur das Pedal an der Orgel als Blasbalg betrachten — auch würden sie nie Gänsehirten. Derartiges solle Rüdt den Mannheimern weißmachen. Das den Städten eingeräumte Privilegium halte er zu weitgehend; auf jeden Fall sollten sie dann aber auch für die Pensionserhöhung aufkommen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters und einigen persönlichen Bemerkungen wird die Generaldiskussion geschlossen.

Schluß der Sitzung 2 1/4 Uhr.

Karlsruhe, 3. April.

58. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Am Ministertisch: Nokk und die Regierungskommissäre Joos und Becherer.

Haus und Tribünen gut besetzt, letztere wiederum meistens von Lehrern.

Der Sekretär verkündet den Eingang zweier Petitionen.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Volksschulgesetzentwurf; Spezialdiskussion.

Berichterstatter Wengold will am Schluß jedes Paragraphen, wenn nöthig, sprechen.

Zu Artikel 1 des Gesetzes, der auch auf die Kinder außerbadischer Eltern Anwendung findet, bemerkt

Abg. Lohr, man solle diesen Absatz des Paragraphen streichen; es kämen viele Kinder von auswärts, wo andere Schulverhältnisse bestehen, in Baden in Dienst und würden da nach badischem Schulgesetz behandelt. Die Schweizer Kinder, die er hier besonders im Auge habe, seien im Sommer schulfrei und würden deshalb in der Seegegend sehr gerne in Dienst genommen, was den betreffenden Leuten viele Vortheile biete. Das sei nun unmöglich. Einen Antrag auf Streichung stelle er nicht, da keine Aussicht auf Genehmigung sich biete.

Abg. Heimburger wollte dem Abg. Lohr widersprechen, findet es aber überflüssig, da Lohr keinen Antrag stelle.

Oberschulrathsdirektor Joos erklärt, wegen des Schulbesuchs auswärtiger Kinder seien mit den Nachbarstaaten Verträge abgeschlossen oder doch wenigstens Verabredungen gepflogen worden. Ueberhaupt breche sich die Ansicht immer mehr Bahn, daß Alle die in einem Staate leben, auch den Gesetzen desselben unterworfen seien.

Abg. Wacker will, um Mißverständnissen vorzubeugen, die thatsächlichen Verhältnisse der Seegegend näher schildern. Er wolle zunächst betonen, daß er, wie es schon sein Beruf verlange, von jeher der Jugend- und Kindererziehung sehr freundlich gegenüber gestanden. In der vom Abg. Lohr angeregten Sache handle es sich nur um einen vorübergehenden Aufenthalt ausländischer Kinder, die in jener Zeit, in welcher sie bei uns seien, zu Haus schulfrei wären; im Winter seien sie gewöhnlich wieder daheim und besuchten ihre Schule. Wenn wir nun von diesen Kindern mehr verlangten, als ihre Heimath, so gingen wir zu weit in unserer Vorsicht. Wenn wir aber jedes auswärtige Kind, das sich vorübergehend in Baden aufhalte, in die Schule zwingen, so müsse man das auch bei Kindern von Kurgästen u. s. w. thun, die sich vorübergehend bei uns monatelang aufhalten. Auch glaube er, daß der Unterricht bei Kindern, deren früherer Unterricht auf anderen Grundlagen beruhte, nicht hoch anzuschlagen sei. Aus diesen Gründen unterstütze er die Ansicht des Abg. Lohr.

Oberschulrathsdirektor Joos bemerkt, daß die im Gesetz enthaltenen Bestimmungen auf nur vorübergehend anwesende Kinder keine Anwendung finden; dazu gehöre schon eine Art Wohnsitz.

Abg. Gesell hätte ebenfalls die Weglassung dieses Satzes des § 1 gewünscht.

Abg. Dreesbach ist der Ansicht, daß man sich im Oberland durch Verwendung solcher Kinder billigere Arbeitskräfte verschaffen wolle. Deshalb begrüße er diesen Zusatz. Der Schulzwang sei absolut nothwendig.

Abg. Wacker glaubt, es sei wohl Niemand dagegen, daß man den Schulzwang beseitigen wolle, Dreesbach hätte deshalb seine Rede sparen können. Auch um billigere Arbeitskräfte handle es sich nicht. Ausnutzung der Kinder komme hie und da vor, aber nicht blos auf dem Lande, sondern auch in den Städten. Es gebe aber auch Arbeiten, die sogar gesund sind. Wer die mißlichen Verhältnisse der Landwirthe kenne, der könne nicht verlangen, daß dieselben immer höhere Löhne bezahlen. Die Bauern würden sehr den Kopf schütteln, wenn sie die Rede des Abg. Dreesbach lesen.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Grötzingen, 4. April. Gestern fiel hier das vierjährige Söhnchen des J. Chr. Arheit in die Pfinz und wäre sicher ertrunken, wenn nicht ein in der Nähe spazieren gehender Soldat der 10. Kompagnie aus Durlach dasselbe noch rechtzeitig dem nassen Elemente entrissen hätte. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche, die der Soldat mit dem Kinde vornahm, hatten Erfolg und konnte dasselbe seinen bestürzten Eltern heimgebracht werden.

× **Von der Rench,** 2. April. Die Influenza haust recht arg schon seit geraumer Zeit fast im ganzen Renchthal. Einzelne Gemeinden werden hart von selber mitgenommen, da die Krankheit sehr häufig tödtlichen Ausgang nimmt. So sind in dem kleinen Dorfe Thiergarten bei Oberkirch innerhalb der letzten drei Wochen nicht weniger als zehn Personen an der heimtückischen Krankheit gestorben.

§ **Nordrach,** 1. April. Mit dem Heutigen begann die Einführung einer täglich zweimaligen Postomnibusfahrt zwischen hier und Zell am Harmersbach; Unternehmer ist Lindenwirth Spitzmüller von hier. Der neue elegante Omnibus wurde in Bruchsal gebaut. Viele Bewohner der Residenz, welche schon die hiesige Luftkurstation oder auch das Sana-

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lorium auf der Kolonie Fabrik Narbach besucht haben, wird diese Nachricht von der Verkehrserleichterung in unserem Thal interessiren.

Vermischte Nachrichten.

** Berlin, 2. April. Nach authentischer Mittheilung wurde um Mitternacht vor der Kaserne des 3. Garde-Regiments der Militärposten von einem Individuum gemeldet thätlich angegriffen und schließlich mit dem Messer bedroht. Das Individuum entzog sich der Festnahme durch die Flucht und setzte dieselbe trotz wiederholter Anrufe fort. Der Militärposten gab Feuer. Die Kugel durchbohrte den Rücken des Fliehenden und verletzte diesen schwer, sowie noch eine zweite vor dem Flüchtenden befindliche Person, die an dem Exzeß nicht betheiligt war, leicht.

** Hamburg, 2. April. Seit heute früh um 7 Uhr brennt der große Quaispeicher auf der Spitze des Kaiserquais, wo Kaffee, Baumwolle und Apfelsinen lagern. Der Keller, wo Palmöl und Sprit lagern, ist unter Wasser gesetzt. Erst um 10 Uhr gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die am Quai liegenden Schiffe und die auf Schienen stehenden Waggons konnten noch rechtzeitig entfernt werden, die Schiffe 12 und 13 fingen zwar Feuer, konnten aber gerettet werden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Ein Feuerwehrmann ist schwer verletzt, der Hausinspektor wird vermißt.

** Eydtkuhnen, 2. April. Unter den russisch-jüdischen Familien in den Auswanderungsbaracken grassirt Scharlach und Diphtheritis in arger Weise. Die Baracken wurden geräumt und etwa 80 Familien nach Rußland zurückbefördert.

** Posen, 2. April. Bei einem Feuer verunglückten heute Vormittag durch Sprungtuch eine Frau und ihre fünf Kinder. Die Mutter und eine Tochter sind todt, die anderen mehr oder minder schwer verletzt.

** Ludwigshafen, 2. April. Die große chemische Fabrik in Hochspeyer steht seit der Nacht in Flammen; wegen der Hitze der Brandstelle werden Eisenbahnzüge auf andere Linie übergeleitet. Die Ursache des Feuers ist jedenfalls das Umfallen eines Mastes der elektrischen Beleuchtung.

** New-York, 2. April. In der Dynamitfabrik in Bessemer (Alabama) fand eine Explosion statt. Sechs Personen wurden getödtet, zahlreiche Gebäude geriethen in Brand. Die Erschütterung wurde fünf Meilen weit verspürt. — In den Nordwest-Staaten entstand durch Wirbelwinde bedeutender Schaden. Zahlreiche Personen sind getödtet und ganze Städte zerstört worden. Auch in der Grafschaft Butler (Kansas) wurden arge Verwüstungen angerichtet. — In Chicago ging ein Wolkenbruch nieder. Die fruchtbarsten Gegenden Nebraska's wurden in einer Ausdehnung von 50 Meilen von einem Sturm heimgesucht. Der Sturm dauert fort. Die Verbindungen mit Illinois sind unterbrochen. — Der Gesundheitszustand in Rio de Janeiro soll äußerst schlecht sein; das gelbe Fieber fordere täglich 500 Opfer.

Lokales.

Karlsruhe, 5. April.

— **Umlage.** Der Schrecken einer schwergeneigten Umlagerhöhung scheint an uns vorübergehen zu sollen, wird von hier der „Straßb. Post" geschrieben. Der Stadtverordnetenvorstand schlägt vor, einige Einnahmeposten im Gesammtbetrage von 13,000 Mk. zu erhöhen und einige Ausgabeposten von rund 60,600 Mk. zu mindern oder zu streichen. Abzüglich eines Mehrpostens von etwa 9000 Mk. für Feste und Festlichkeiten (Gesammtsumme 30,600 Mk.) würde durch Umlagen ein Gesammtbetrag von rund 806,600 Mark statt 868,600 Mk. zu decken sein. Hierzu reicht nach den vorhandenen Steuerkapitalien die bisherige Umlage von 30 Pfg. auf das Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerkapital, von 90 Pfg. auf das Einkommensteuerkapital und von 8,5 Pfg., dem zulässigen Höchstsatz, auf das Kapitalrentensteuerkapital.

Neueste Nachrichten.

Brüssel, 4. April. Diese Nacht fand in Seraing ein neues Dynamit-Attentat statt. Drei Patronen, deren zwei nur explodirten, sind gegen 12 Uhr an die Thürschwelle beim Arbeitsführer Monges in einer Kohlengrube der Cockerill'schen Gesellschaft gelegt worden. Kurz nachher erfolgten zwei heftige Knalle, die zum Theil den Hausflur zerstörten, jedoch Niemand verwundeten, obschon Monges mit seiner Familie zu Hause war.

Briefkasten.

An Mehrere. Daß der „Bad. Beob." beim Leichenbegängnisse des verstorbenen Stadtpfarrers Hiß nicht vertreten war, lag an den Umständen. Der erste Redakteur, welcher der Beerdigung beiwohnen wollte, war auf Mittwoch, den 30. März, Morgens 9 Uhr als Zeuge zu einer gerichtlichen Verhandlung geladen und konnte trotz seiner Bemühungen keine Vertagung der Vernehmung erlangen. In Folge seiner Abwesenheit mußte natürlich der zweite Redakteur beim Blatte bleiben.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 4. April. (Börse, Effekten.) An der heutigen Börse blieben Schwetzinger Brauerei-Aktien à 19.50 gesucht. Sonst notiren: Badische Anilin- und Sodafabrik-Aktien 266.75 G. Mannheimer Versicherungs-Aktien 500 bez. und G. Mannheimer Lagerhausgesellschafts-Aktien 83 Bf.

Mannheim, 4. April. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer n. 21.50—22.—, norddeutscher —.——.—, russ. Saxonska 21.50—22.—, Azima 21.75—22.—, Girka 21.— bis 21.50, Taganrog 21.25—21.75, amerik. Winter 21.50 bis 21.75, rumänischer —.——.—, Theodosia —.——.—, Kernen 21.50—.—. Roggen pfälzer 20.——.—, russischer 20.50—20.75. Gerste hiesige Gegend 15.——15.25, pfälzer 15.75—16.—, ungarische —.——.—. Hafer badischer 14.— bis —.—, norddeutscher —.——.—, russischer —.——.—. Mais amerik. mixed 12.——.—, Donau 13.50—.—. Kohlreps deutscher neuer 28.——.—. Leinöl mit Faß 46.50——.—. Rüböl mit Faß 62.——.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Tr. 20.——.—. Weizenmehl Nr. 00 37.—, Nr. 0 34.—, Nr. 1 32.—, Nr. 2 31.—, Nr. 3 30.—, Nr. 4 28.—. Roggenmehl Nr. 0 33.—, Nr. 1 30.—. Tendenz: Weizen niederer, Roggen niederer, Gerste und Hafer ruhig.

Mannheim, 4. April. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.50—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.——3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—3.— Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Mannheim, 4. April. (Fischmarkt.) Brasem per Pfund 40 Pfg., Hecht per Pfund 1.80 Mk., Barsch per Pfund 60 Pfg., Aal per Pfund 1.— Mk.

Mannheim, 4. April. (Geflügelmarkt.) Huhn per Stück 1.20—1.60 Mk., Hasen per Stück 0.——0.— Mk., Welschhahn per Stück 8.——10.— Mk., Hahn per Stück 1.20—2.— Mk., Reh per Pfund — Pfg., Gans per Stück 0.— Mk.

Offenburg, 2. April. (Schweinemarkt.) Aufgeführt wurden: 302 Stück, darunter 17 Läufer von 40—45 Pfund, aus 23 Ortschaften in 54 Sendungen der Bezirksämter Achern, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach. Geschäftsgang: ziemlich gut. Preise für das Paar Läufer 32—50 Mk., für das Paar Ferkel 16—25 Mk.

Freiburg, 2. April. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 29 Läufer und 514 Ferkel, wovon 16 Läufer à 29—55 Mk. per Stück und 322 Ferkel à 6—15 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind etwas zurückgegangen, weil sehr viele Ferkel zu Markte gebracht wurden und nicht besonders viel Käufer erschienen.

Straßburg, 4. April. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 45 Ochsen 128—136 Mk., 190 Kühe 110—120 Mk., 43 Kuhviertel 110—116 Mk., 6 Stiere 112—116 Mk., 113 lebende Schweine 106 bis 108 Mk., 0 geschlachtete Schweine —.— Mk., 32 lebende Hämmel 136—144 Mk., — geschlachtete Hämmel — bis — Mk., 86 lebende Kälber 132—190 Mk. Alles für 100 Kilo.

Frankfurt, 4. April. Der schon am Samstag an dieser Stelle konstatirte frischere Zug, welcher plötzlich an Stelle der seit langem vorherrschend gewesenen Geschäftsunlust trat, übertrug sich auch auf die heutige Börse. Von Seiten der Haussiers wurde mit einer seit langer Zeit nicht beobachteten Energie in das Geschäft eingegriffen und nebenher fanden seitens der norddeutschen Kontremine ansehnliche Deckungskäufe statt, so daß das Kursniveau sich auf der ganzen Linie erhöhen konnte. Am meisten bevorzugt waren unsere leitenden Bankpapiere, die mit der Motivirung in den Vordergrund gerückt wurden, daß die allgemeinen Verhältnisse schwerlich einen weiteren Rückgang der Kurse rechtfertigen würden; auch Oesterreichische Kreditaktien verkehrten in sehr lebhafter Tendenz. Der Markt der Eisenbahnaktien zeigte gleichfalls die Wirkungen der festen Grundstimmung der Börse; nur schweizerische Transportwerthe waren weniger belebt und still. Montanpapiere besserten ihre Preise durchschnittlich um 4 pCt. Ausländische Renten fest, ohne besonders hervorzutreten. Zum Schluß des offiziellen Verkehrs schwächten sich die leitenden Spekulationswerthe eine Kleinigkeit ab, konnten sich aber nachträglich wieder befestigen. (Fr. J.)

Braunschweigische Prämien-Anleihe (20 Thlr.-Loose). Serienziehung am 1. März 1892. Prämienziehung am 30. April 1892. Serie 3 199 293 1291 1339 2440 2724 2796 2805 2926 3417 3618 3627 3876 3896 3960 4762 4795 5070 5404 5450 5544 5726 6063 6724 7304 7489 7756 8066 8421 8885 9003 9641 9754 9970.

Ohne Gewähr.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 2. April. Dr. Ernst Lemcke, pr. Arzt hier, mit Emma Helmle von hier. — 4. April. Kaufmann Marx von Bruchsal, Kaufmann in Bruchsal, mit Henriette Schurmann von hier. — Wilhelm Berg von Ettlingen, Maschinenmeister hier, mit Karoline Guhl von hier.

Geburten: 1. April. Oskar Emil August, Vater Anton Schneider, Schreiner. — 2. April. Lina Friederike, Vater Karl Eisele, Ausläufer. — 3. April. Heinrich Wilhelm, Vater Karl Maurer, Schlosser.

Todesfälle: 2. April. Anna Kuhl, alt 65 Jahre, Wittwe des Schreiners Michael Kuhl. — Mina Diefenbronner, Privatiere, ledig, alt 70 Jahre. — 3. April. Katharine Schmitt, Privatiere, ledig, alt 75 Jahre. — Friederike Henberger, alt 74 Jahre, Wittwe des Tünchers Josef Henberger.

Auswärtige Todesfälle.

Feudenheim: Adolf Salomon, 27 J.
Freiburg: Lina Lenherr, 50 J.
Haagen: Maria Anna, 18 J.
Lehen: Josef Maier, Akzisor, 76 J.
Ebringen: Karl Riede, 67 J.
Ueberlingen: Regina Fendrich, 36 J.
Villingen: Martin Maier, Schneidmeister.
Steinen: Johann Georg Kohler, Schneidmeister.
Steißlingen: August Streit, Viehhändler, 38 J.
Henschenberg: Johann Schneider, 69 J.
Mannheim: Josef Schraut, Privatmann, 75 J.
Weisweil: J. Klipfel, Faßbinder, 77 J.
Bohlsbach: Barbara Stutz, geb. Huck, 76½ J.
Heidelberg: Sofie Rippe, geb. Brandes.
Lörrach: Josephine Hofmann, Schneidermeisterstochter, 18½ J.
Meersburg: Mathäus Haitz, großh. bad. Geh. Hofrath und Bezirksarzt a. D., 84½ J.

S. Lämmle, Karlsruhe,
Kaiserstraße 74,
empfiehlt **Reform-Wäsche**, System Dr. Lahmann, **Normal-Wäsche**, System Professor Dr. Jäger, in unübertroffener Auswahl zu sehr billigen Preisen. Preisliste gratis und franko.

Ziehung: Morgen unbedingt!
Freiburger Münsterbau-Loose,
Frankfurter Pferdemarkt-Loose
à 3 Mark
sind noch zu haben bei der
Expedition des „Bad. Beobachters"
in **Karlsruhe.**

Für Neukommunikanten.
In der Herder'schen Buchhandlung in Freiburg ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:
Wacker, Geschichten für Neukommunikanten für die Zeit vor und nach der heiligen Kommunion.
Dritte Auflage. 304 Seiten. 8°. Geh. M. 1.60 — einfach geb. M. 2.
„In diesem Buche begrüßen wir „mit Freuden ein vortreffliches Hilfsmittel für Geistliche und Lehrer, um „die Kinder auf den würdigen Empfang der heil. Kommunion vorzubereiten. Der Verfasser kann versichert sein, daß in dem Erscheinen „dieses Werkes von manchem Seelsorger nicht nur die Befriedigung „eines Wunsches, sondern geradezu „eines Bedürfnisses gefunden werden „dürfte. Jedenfalls wird es den „Kommunion-Unterricht wesentlich „fördern." (Schulfreund.)
Freiburg im Breisgau.
Literarische Anstalt
und deren **Agentur in Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Liebfrauenkirche.
Von **Dienstag, den 5. April, bis Palmsonntag einschließlich, jeden Abend 8¼ Uhr:**
Religiöse Vorträge
für katholische Männer aller Stände, gehalten von Herrn **Professor Dr. Hardy** aus Freiburg.
Eingang durch das rechte Seiten-Portal.

Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von Künstlern I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.
2
In der Charwoche findet keine Vorstellung statt. Erste Vorstellung wieder am Oster-Montag mit ganz neuen Künstlern.

Bauarbeiten-Vergebung.
Zur **Restauration** der **Filialkirche** in **St. Ilgen** sollen zur Ausführung in Akkord vergeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Maurerarbeit	406.58
Steinhauerarbeit	272.70
Zimmerarbeit	189.65
Gypserarbeit	494.70
Schreinerarbeit	101.28
Glasmalerarbeit	265.44
Schlosserarbeit	98.50
Blechnerarbeit	97.20
Tüncherarbeit	886.14
Malerarbeit	725.47
Schieferdeckerarbeit	182.97

Nach Prozenten der Kostenberechnungen auszudrückende Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift „Angebot" versehen, längstens bis
Mittwoch, den 13. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
bei kath. Stiftungsrath für St. Ilgen in **Leimen** portofrei eingereicht werden, woselbst unterdessen die Kostenberechnungen und Bedingungen zur Einsicht aufliegen.
Heidelberg, den 4. April 1892.
Erzbischöfliches Bauamt:
Maier.

Anstalt für Arbeitnachweis
jeglicher Art
KARLSRUHE.
Das Bureau befindet sich vom 5. April an **Hebelstrasse 23** parterre.

Lokalwechsel.
Mein Geschäftslokal befindet sich jetzt
Kriegstraße 40, nächst der Kreuzstraße,
gegenüber dem Hauptbahnhof.
Zugleich bringe mein reich ausgestattetes
Uhren-Lager
in empfehlende Erinnerung. 10.2
Os. Schneider, Uhrmacher.

Bekanntmachung.
Den geehrten Lesern des Sonntagsblattes
„Sankt Joseph"
zur gefälligen Kenntnißnahme, daß wir mit dem 1. April d. J. dem Herrn K. Schöner, Durlacherstraße 17, die Agentur unseres Blattes entzogen und dieselbe dem Herrn
Frid. Eisele,
Kronenstraße 58,
übergeben haben.
Herr Frid. Eisele verpflichtet sich, für regelmäßige Zustellung des Blattes Sorge zu tragen. Reklamationen wegen unpünktlicher Lieferung, wolle man an Frid. Eisele gelangen lassen, gleichzeitig wird ersucht, keinerlei Zahlungen mehr an Schöner zu machen; Wohnungsveränderungen bitten wir rechtzeitig dem Austräger zur Kenntniß zu bringen.
Indem wir unser Sonntagsblatt „Sankt Joseph" den geehrten Einwohnern von Karlsruhe und Umgegend zu recht zahlreichem Abonnement empfehlen, verharren
Hochachtungsvoll ergebenst
Expedition des „Sankt Joseph",
Gebr. Karl und Ludwig Leopold.
Warendorf, 1. April 1892.

Bekanntmachungen, Versteigerungen 2c.
Versteigerung. Die Unteroffizier-Schule in Ettlingen läßt das abgängige Lagerstroh aus dem im Laufe d. M. zu entleerenden Strohsäcken in 4 Loosen am Mittwoch, den 6. d. M., Vormittags 9 Uhr, auf dem Kasernenhofe öffentlich versteigern.
Fahrnißversteigerung. Aus dem Nachlaß des Hauptlehrers Alex. Knebelbrod werden Donnerstag, den 7. ds. Mts., Nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zur „Rose" hier nachgenannte Fahrnisse zu Eigenthum versteigert: Möbel, Betten, Weißzeug, Herrenkleider und sonst verschiedene Gegenstände. Ettlingen, den 3. April 1892. Waisenrichter: Ad. Becker.

Läufer-Reste, Vorlagen, Tischdecken, Kommodedecken
von 1 M. an, und **Schoner.**
Bettdecken,
große weiße von M. 1.50, farbige von M. 2.50 an, sowie
wollene Schlafdecken.
Preise bekannt billigst.
Oscar Beier,
Kaiserstraße 141,
nächst dem Marktplatz.

Ein schönes 2stöckiges Eckhaus,
worin seit etwa 60 Jahren ein Spezerei-Geschäft betrieben wird, **in der besten Lage der Stadt,** ist mit Hof, Scheuer und Stall, der Erbtheilung halber, um einen annehmbaren Preis zu verkaufen durch **J. May** in Ettlingen. 6.6

Stelle-Gesuch.
Eine ältere Köchin, in allen Zweigen der Haushaltung gewandt und erfahren, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung in einem kath. Pfarrhof auf dem Lande oder sonst. Zu erfragen im Pfarrhof **Menzingen,** Post Denzlingen.

In eine größere Restauration I. Ranges wird ein junges, einfaches, bürgerlich erzogenes befähigtes und
gewandtes Mädchen,
aus guter Familie, zur Mithilfe in den Haushaltungsarbeiten und am Büffet gesucht. Jahresstelle, guter Gehalt und Familienanschluß. Offerten mit Zeugnissen und Photographie sind unter **Nr. 33** an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Kaiser-Panorama.
99 Kaiserstraße 99.
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder 20 Pfg. Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—
Vom 3. bis mit 9. April:
München,
Leben und Treiben.
II. Cyclus.
Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler **10 Pfg.**

Kellner-Lehrling,
ein braver, gesitteter Knabe, mit guten Schulzeugnissen versehen, kann nach Ostern eintreten. Photographie erwünscht.
Freiburg in Baden. 2.1
Hotel Trescher „zum Pfauen".

Kneipp'sche Wassercur.
J. Kaiser, pract. Arzt,
Manteuffelstrasse 15, part., direct neben dem Kaiserpalast,
Strassburg i. E. 12.2

Theater in Baden.
Mittwoch, den 6. April. 27. Ab.-Vorst. Zum ersten Male: **Fedora.** Drama in 4 Akten von Victorien Sardou. Deutsch von Paul Lindau. Anfang 7 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse
vom 4. April 1892.

Staatspapiere.

4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.70.
3½	„	„ „ „	99.70,60
3	„	„ „ „	88.95.90
4	„	Preuss. Konsols	106.50.
3½	„	„ „	99.80.
3	„	„ „	88.85.90
4	„	Bayer. Abl.-Rente fl.	102.50.
4	„	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	104.80.70
4	„	Badische Obligationen fl.	102.40.
4	„	„ „ v. 1886	104.05,90
4	„	Oest. 4% Sch. Gold Elisab.	96.80.40
4	„	„ Goldrente fl.	95.70.
4⅕	„	„ Silber. „	80.90.
4⅕	„	„ Papier. „	81.70.
4	„	Ungar. Goldrente „	93.00.
5	„	„ Papierrente	87.90.80
4½	„	Portugies. Staatsanl.	36.80.
4½	„	„ Tabak-Anl.	71.50
3	„	„ Ausl. (El.)	96.60.50
5	„	Russ. Gold-Anleihe fl.	100.20.10
4	„	Span. ausl. Rente	59.10.
5	„	Italien. Rente	89.87.90
4	„	Serbien, Goldrente	79.30.
5	„	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	80.80.

Bank-Aktien.

4½	%	Deutsche Reichsbank	148.90.
4	„	Badische Bank	113.—
4	„	Darmstädter Bank	132.—131
5	„	Oest. Kredith. (Ultimo)	265⅞. 64
4	„	Rhein.	116.80.70
4	„	Deutsche Bank	159.10.00
4	„	Deutsche Union-Bank	68.80.

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	40.10.20
4	„	Hessische Ludwigsb.	109.30.60
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	220.60.50
4½	„	Pfälzer Maxbahn	149.—
4	„	„ Nordbahn	118.60.50

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	76½ %
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	248⅝ %
5	„	„ Nordwestb. fl.	181½
5	„	„ Lit. B. Elbthal „	202⅞
5	„	Schweiz. Centralb. Fr.	128.80.60
4	„	Gotthardbahn „	134.80.60

Prioritäten.

5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	89.60.
5	„	„ in Gold 400 M.	105.—
5	„	Oester. Südbahn	103.90
5	„	„ 1871	—
5	„	Ung.-Staatsb. 1873	107.10.
3	„	„ Staatsb. 1.—8. Em.	84.
3	„	„ 9. Em.	85.—
4	„	„ Ergänz.	81.70
5	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.90.

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½	%	Preuss. 100 Thlr.	141.60.
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	135.90
4	„	Bayerische 100 Thlr.	140.40.
4	„	Badische 100 Thlr.	136.—.
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	127.80.
4	„	Oldenburger 40 Thlr.	127.10.
5	„	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	120.90.
5	„	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	125.60.40

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	103.90
Augsburger 7 fl.	29.40.20
Ansbacher 7 fl.	42.50.
Meininger 7 fl.	27.40
Pappenheimer	26.20.
Freiburger 15 Fr.	30.90.
Mailänder 45 Fr.	41.60.
„ 10 Fr.	10.40.30

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	168.50.
Antwerpen 100 Fr.	81.01.45
Schweiz 100 Fr.	80.88.
Wien 100 fl. ö. W.	172.—
Paris 100 Fr.	81.10.15
London	20.42

Pfandbriefe.

4	%	Rhein. Hypothekenbank	100.85.
3½	„	„ „	94.60.
4	„	Bayer.	102.—
4	„	Württemb.	102.15.

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	171.70.
Amer. U. St. u. E. B.	4.17

Geldsorten.

20-Franken-Stücke	16.24—20
„ in ½	16.24—20
Dukaten	9.60—55

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: ... — Für den bad. chem. und lokalen Theil: W. Walzer. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.